

Mitteilungsvorlage

Drucksachen-Nr. 0498/2012
öffentlich

Gremium	Sitzungsdatum	Art der Behandlung
Haupt- und Finanzausschuss	06.12.2012	Beratung

Tagesordnungspunkt

Informationen zur geschäftlichen Entwicklung von Beteiligungsgesellschaften

Inhalt der Mitteilung

1. Ausgangslage

Im Rahmen der Fortentwicklung der Beteiligungsverwaltung zu einem Strategischen Beteiligungscontrolling, soll der Haupt und Finanzausschuss in seiner Funktion als Ausschuss für die Strategische Zielsetzung auch als Beteiligungsausschuss tätig sein.

Zunächst soll hier den bereits vorhandenen Informations- und Berichtserfordernissen des Hauptausschusses genüge getan werden und über die wesentlichen Informationen zur geschäftlichen Entwicklung der Beteiligungsgesellschaften seit Dezember 2011 berichtet werden.

2. Berichterstattung

Die Berichterstattung umfasst die Gesellschaften, deren Jahresabschluss 2011 zum Berichtzeitpunkt November 2012 vorliegt. Die Informationen bzgl. der übrigen Gesellschaften können demnächst dem Beteiligungsbericht 2011 entnommen werden.

Die Berichterstattung erfolgt in der Form des Beteiligungsberichts. Somit liegt durch diese Vorlage quasi ein Teil-Beteiligungsbericht 2011 vor.

Die Anlagen sind als Dateien beigelegt.

Teil-Beteiligungsbericht 2011 der Stadt Bergisch Gladbach (Stand November 2012)
VV-10 Zentrales Controlling

Rheinisch-Bergische Siedlungsgesellschaft mbH

1. Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Firma	Rheinisch-Bergische Siedlungsgesellschaft mbH
Sitz	Paffrather Strasse 48, 51465 Bergisch Gladbach
Gründung	13.05.1948
Gesellschaftsvertrag	Fassung vom 21.11.2007
Handelsregister	HRB 45523 beim Amtsgericht Köln, letzte Eintragung am 14. Dezember 2007
Geschäftsjahr	Kalenderjahr

Mit der Neufassung des Gesellschaftsvertrags vom 21.11.2007 trägt die Gesellschaft nicht mehr den Zusatz „Gemeinnützig“ im Namen. Damit wurde dem Umstand Rechnung getragen, dass die RBS viele Anforderungen des ehemaligen Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetzes (wie beispielsweise die Beschränkung der Dividendenausschüttung) nicht mehr erfüllt.

2. Zweck der Gesellschaft

Zweck der Gesellschaft ist vorrangig eine sichere und sozial verantwortbare ökologisch ausgerichtete Wohnungsversorgung der breiten Schichten der Bevölkerung. Die Gesellschaft errichtet, betreut, bewirtschaftet und verwaltet Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen. Neubauten sollen nur im Rheinisch-Bergischen Kreis errichtet werden. Die Gesellschaft kann alle im Bereich der Wohnungswirtschaft, des Städtebaus und der Infrastruktur anfallenden Aufgaben übernehmen, Grundstücke erwerben, belasten und veräußern sowie Erbbaurechte ausgeben. Sie kann Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden und Gewerbebauten, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Einrichtungen und Dienstleistungen bereitstellen. Die Preisbildung für die Überlassung von Mietwohnungen und die Veräußerung von Wohnungsbauten soll eine Kostendeckung einschließlich angemessener Verzinsung des Eigenkapitals sowie die Bildung ausreichender Rücklagen unter Berücksichtigung einer Gesamtrentabilität des Unternehmens ermöglichen.

3. Zusammensetzung der Organe

3.1 Gesellschafterversammlung

In der Gesellschafterversammlung, in der je 50 € Geschäftsanteil eine Stimme gewähren, werden Beschlüsse grundsätzlich mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst. Die Stadt Bergisch Gladbach ist in der Gesellschafterversammlung durch Herrn Fabian Schütz (Stellvertreter: Herr Lennart Höring) vertreten gewesen.

3.2 Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat besteht gemäß § 10 des Gesellschaftsvertrages in der Fassung vom 21.11.2007 aus 11 Mitgliedern. Hiervon werden je 4 Mitglieder von der Stadt Bergisch Gladbach und dem Rheinisch-Bergischen Kreis und ein Mitglied vom Zweckverband Kreissparkasse entsandt. Weiter sind der Landrat und der Bürgermeister der Stadt Bergisch Gladbach oder von diesen zu benennende Vertreter geborene Mitglieder des Aufsichtsrates. Über die Angleichung der Stammkapitalanteile der beiden Hauptgesellschafter wird eine Parität bei den Stimmenanteilen und damit eine angemessene Vertretung der Stadt Bergisch Gladbach im Aufsichtsrat der Gesellschaft gewährleistet.

Der Aufsichtsrat setzte sich im Berichtsjahr wie folgt zusammen:

Udo Wasserfuhr, Kämmerer Kreisverwaltung,	Vorsitzender bis 30.09.2011
Dr. Hermann-Josef Tebroke, Landrat	Vorsitzender ab 21.03.2012
Klaus W. Waldschmidt, Rechtsanwalt	stellvertretender Vorsitzender
Udo Buschmann, Vorstandsmitglied KSK Köln	ab 07.02.2011
Rolf Menzel, Landrat	bis 19.10.2011
Dipl.-Ing. Angelika Graner, Architektin	
Dipl.-Ing. Petra Holtzmann, Lebensmitteltechnik	
Dipl.-Ing. Rolf-Dieter Schacht, Rentner	
Jürgen Mumdey, Stadtkämmerer	
Dr. Klaus-Georg Wey, Leitender Regierungsschuldirektor	
Volker Damm, Rentner	
Bert Höhne, Immobilienkaufmann	
Frank Rausch, Mess- und Regeltechniker	

Im Geschäftsjahr 2011 fanden 3 Sitzungen des Aufsichtsrates statt.

3.3 Geschäftsführung

Als alleinige Geschäftsführerin bestellt und im Handelsregister eingetragen ist Frau Sabine Merschjohann, staatlich geprüfte Betriebswirtin mit Fachrichtung Wohnungswirtschaft und Realkredit.

4. Beteiligungsverhältnisse

Das gezeichnete Kapital belief sich bis zum 31.12.2009 auf 4.500.000 €. Dieser ungekürzte Ausweis resultierte daraus, dass die eigenen Anteile als Vermögensgegenstand im Umlaufvermögen i.H.v. 2.263.800 € gegen eine Rücklage für eigenen Anteile ausgewiesen waren. Nach den Vorgaben des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes ist jedoch zwingend eine passivische Kürzung der eigenen Anteile beim gezeichneten Kapital vorzunehmen. Um dieser Vorgabe gerecht zu werden wurde im Jahresabschluss 2010 im Ergebnis folgendes veranlasst:

- Die eigenen Anteile als Vermögensgegenstand im Umlaufvermögen und die hiermit korrespondierende Rücklage für eigene Anteile wurden gestrichen.
- Das gezeichnete Kapital wurde um den Nennwert der eigenen Anteile i.H.v. 1.131.900 € reduziert, während sich die anderen Gewinnrücklagen analog erhöhten.

Am Stammkapital sind die nachstehenden Gesellschafter wie folgt beteiligt:

<u>Gesellschafter</u>	<u>Gesellschaftsanteile in €</u>	<u>in %</u>
Stadt Bergisch Gladbach	1.478.200,-	32,85
Rheinisch-Bergischer Kreis	1.478.200,-	32,85
Zweckverband der KSK Köln	299.950,-	6,67
Kreissparkasse –Kapitalbet: Holding GmbH, Köln	89.900,-	1,99
Gemeinde Kürten	21.850,-	0,49
RBS GmbH (eigene Anteile/ in „Andere Gewinnrücklagen“ enthalten)	1.131.900,-	25,15

Im Dezember 2007 erwarb die Gesellschaft eigene Anteile von den Gesellschaftern zum Ertragswert des Unternehmens für 2.263.800 €.

5. Beschäftigte

Neben der Geschäftsführerin wurden in 2011 im Jahresdurchschnitt 8 kaufmännische Mitarbeiter (6 Vollbeschäftigte und 2 Teilzeitbeschäftigte), 2 technische Mitarbeiter, 2 Auszubildende, 5 Mitarbeiter im Regiebetrieb/Hauswarte (4 Vollbeschäftigte und 1 Teilzeitbeschäftigte) beschäftigt.

6. Wirtschaftsprüfer

Die Gesellschaft beauftragte die KPMG Prüfungs- und Beratungsgesellschaft für den Öffentlichen Sektor Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft mit der Prüfung des Jahresabschlusses 2011.

7. Leistungsbeziehungen zu anderen Gesellschaften an denen die Stadt Bergisch Gladbach beteiligt ist

In 2011 lagen keine Leistungsbeziehungen vor.

8. Geschäftsverlauf

Die Gesellschaft erwirtschaftete im Geschäftsjahr 2011 einen Jahresüberschuss von **1.570 T€** (Vorjahr: 1.409 T€).

Die Erhöhung des Ergebnisses der Hausbewirtschaftung (1.497 T€) um 137 T€ resultiert im Wesentlichen aus um 263 T€ höheren Sollmieten und Umlagen und um minimal gesunkenen Instandhaltungsaufwendungen, denen kaum gestiegene Betriebskosten aber höhere Abschreibungen gegenüberstehen. Die durchschnittliche monatliche Nettokaltmiete ist auf 5,59 € (VJ. 5,48 €) je qm gestiegen.

Die gesamten Mietausfälle betragen 241 T€ (2,3 % der Sollmieten und Umlagen). Im Vorjahr waren es 229 T€ (2,2 % der Sollmieten und Umlagen). Die Ertragslage wird auch künftig im Wesentlichen durch die Hausbewirtschaftung bestimmt. Nach dem Wirtschaftsplan für 2012 wird mit einem Jahresüberschuss von 800 T€ gerechnet.

Die Mieterträge betrugen im Berichtsjahr 7.620 T€ (Vorjahr 7.357 T€). Die größte Steigerung ergab sich aus Zugängen - drei Häuser Scheidtbachstraße 14, 18 und 20 mit 12 Wohnungen, Neubaufertigstellung Kölner Straße 91 zum 01.11.2011 mit zusammen 70 T€ - sowie der Ausschöpfung der Mieterhöhungsmöglichkeiten bei den öffentlich geförderten Wohnungen gemäß II. Berechnungsverordnung von 71 T€. Mieterhöhungen gemäß § 558 BGB (ortsübliche Vergleichsmiete) und bei Neuvermietungen brachten Mehreinnahmen vom 45 T€ (Vorjahr 82 T€), Modernisierungsumlagen 32 T€ (Vorjahr 14 T€).

Die Erlösschmälerungen sind in Summe auf 189 T€ (Vorjahr 169 T€) gestiegen. Bei der Bewertung ist zu berücksichtigen, dass im Jahr 2011 Kosten für leer stehende Wohnungen zur Vorbereitung von Abrissmaßnahmen entstanden sind (bereinigt 127 T€). Insofern haben sich die Erlösschmälerungen wegen fehlender Abschlussvermietung, sei es wegen der Lage und der Ausstattung der Wohnung oder einer anstehenden Sanierung, gegenüber dem Jahr 2010 wieder etwas verringert.

Die Kosten für Miet- und Räumungskosten sind gestiegen, die Erträge aus bereits abgeschriebenen Forderungen nach wie vor nichts nennenswert, die Abschreibungen auf Forderungen fallen im Vergleich zum Vorjahr (52 T€) mit 53 T€ konstant aus.

Im Jahre 2011 wurden 137 Wohnungen (Vj. 175 Wohnungen) gekündigt, so dass stichtagsbezogen ein Rückgang der Fluktuation auf 7,4 % (Vj. 9,6 %) zu verzeichnen ist. (bereinigt um die - im Betrachtungszeitraum späten – Zugänge im Jahr 2012 auf 7,9%)

Der Leerstand von 37 Wohnungen zum Stichtag 31.12.2011 (Vorjahr 26 Wohnungen) kann zur besseren Vergleichbarkeit um 14 Wohnungen aus dem bereits genannten Neuprojekten bereinigt werden.

Vermietungsschwierigkeiten sind wie in den letzten Jahren weiterhin insbesondere bei kleinen, nicht renovierten Wohnungen mit „alten Bädern“ festzustellen, aber auch zunehmend bei nicht energetisch modernisierten Beständen.

An Fremdkosten für die Instandsetzung und Instandhaltung der Mietobjekte wurden 2.456 T€ (Vj. 2.489 T€) aufgewandt.

Neben der laufenden Instandhaltung wurden weiterhin Mittel in die Grundsanierung von frei finanzierten Wohnungen investiert, um diese langfristig vermietbar zu halten.

Im Jahr 2011 wurden 12 Wohnungen (Vj. 16) umfangreich – teilweise vollständig – saniert; die Kosten betrugen insgesamt 150 T€ (Vj. 195 T€).

Die kontinuierlich betriebene Untersuchung der Grundleitungen hat im Jahr 2011 zu Sanierungskosten von 352 T€ (Vj. 276 T€) geführt.

Um eine größere Instandhaltungsmaßnahme handelt es sich bei der Erneuerung der Thermen in der Richard-Zanders-Straße 80-102 (205 T€), weiterhin wurden Dachsanierungen durchgeführt (82 T€), Wohnungseingangstüren erneuert (Borngasse 15 T€), diverse Haustür- und Treppenhauseinrichtungen ausgetauscht (Clemensstraße in Paffrath, Golfplatzsiedlung in Gronau: 32 T€), Fenster ausgetauscht (Auf der Kaule 50 T€), Müllplätze erneuert (10 T€) sowie eine Grundbruchsaniehung (32 T€) durchgeführt.

Im Jahr 2011 wurden 12 Gebäude mit 52 Wohnungen in der Richard-Zanders-Straße 80-102 energetisch modernisiert. Die bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau förderfähigen Maßnahmen, die mit einem Betrag von 1.180 T€ valuiert wurden, sind aktivierungsfähig. Insgesamt umfasste das Projekt ein Volumen von 1.426 T€ und konnte Anfang 2012 beendet und abgerechnet werden.

Die Gesamtausgaben für Instandhaltung einschließlich verrechneter Personal- und Sachkosten betragen im Jahr 2011 2.756 T€. (Vorjahr 2.760 T€)

Abzüglich erstatteter Kosten durch Versicherungen und Mieter in Höhe von 82 T€ (Vorjahr 102 T€) beliefen sich die Kosten im Jahr 2011 auf rd. 2.674 T€ (Vorjahr 2.658 T€) oder 23,60€ (Vorjahr 24,20€) je qm Wohnfläche.

Die Bilanzsumme der Gesellschaft hat sich gegenüber dem Vorjahr um 1.745 T€, mithin um 2,66% auf 67.319 T€ erhöht.

Die langfristigen Vermögenswerte waren zum Bilanzstichtag in voller Höhe durch Eigenkapital und langfristiges Fremdmittel gedeckt.

Die Gesellschaft hat 2011 jederzeit ihre Zahlungsverpflichtungen erfüllt. Unter Einbeziehung der Finanzplanung für 2012 ist die Liquidität sicher gestellt.

Der Jahresüberschuss von 1.507 T€ soll wie folgt verwendet werden:

- 157 T€ in die gesellschaftsvertragliche Rücklagen einstellen.
- 270 T€ an die dividendenberechtigten Gesellschafter auszuschütten. (8% von 3.368.100 €)
- 1.143 T€ in die anderen Gewinnrücklagen einstellen.

9. Grundbesitz, Haus- und Wohnungsbestand

Der Grundbesitz der Gesellschaft teilt sich flächenmäßig wie folgt auf:

Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit

Wohnbaute = 264.870 qm (Vj: 264.183 qm)

Grundstücke mit Geschäfts- und anderen Bauten = 1.391 qm (Vj: 1.391 qm)

Wohn- und Nutzfläche insgesamt = 266.261 qm (Vj: 265.574 qm)

Hierin sind wie auch im Vorjahr Erbbaugrundstücke mit einer Gesamtfläche von 18.199 qm enthalten.

Der Haus- und Wohnungsbestand stellt sich zum 31.12.2011 wie folgt dar:

	Häuser	Wohnungen	Gewerbliche Objekte	Garagen	Stellplätze
Stand 01.01.2011	345	1.821	1	283	311
Zugang	2	24	0	0	29
Stand 31.12.2011	347	1.845	1	283	340

10. Berichterstattung über die öffentliche Zwecksetzung

Die Gesellschaft ist im Berichtsjahr 2011 ihren satzungsgemäßen Aufgaben wie z.B. eine sichere und sozial verantwortbare und preiswerte Wohnungsversorgung für breite Schichten der Bevölkerung nachgekommen. Die Geschäfte der Gesellschaft wurden im Sinne des gültigen Gesellschaftsvertrages und des GmbH-Gesetzes sowie der Geschäftsanweisung durchgeführt.

11. Ausblick/ Chance und Risiken/ Prognosebericht

Die Geschäftstätigkeit der RBS war im Berichtsjahr 2011 weiterhin auf das Kerngeschäft der Bewirtschaftung der eigenen Bestände ausgerichtet mit einem umfangreichen Sanierungsprogramm zur Ertüchtigung der Immobilien.

Für die Geschäfte der RBS ist die Haushalts- und Bevölkerungsentwicklung von wesentlicher strategischer Bedeutung – ebenso die soziale und die Einkommensentwicklung. Darüber hinaus birgt die demografische Entwicklung mit der tendenziellen Überalterung der Bevölkerung Risiken.

Ein wichtiger Indikator zur Einschätzung der voraussichtlichen Entwicklung der Wirtschaft und damit auch des Geschäftsfeldes der RBS ist der Arbeitsmarkt. Die Zahl der Erwerbstätigen hat im Jahr 2011 einen neuen Höchststand erreicht und verbleibt auch in 2012 auf einem hohen Niveau.

Gravierende oder gar bestandsgefährdende Risiken bestehen für die RBS bei Aufstellung des Jahresabschlusses weder in rechtlicher noch wirtschaftlicher Hinsicht.

Anhand der bereits vor einigen Jahren identifizierten, bewerteten und überwachten Risiken ist das Unternehmen in der Lage, negative Entwicklungen rechtzeitig zu erkennen und geeignete Steuerungsmaßnahmen zu ergreifen.

Den wesentlichen Schwerpunkt der Planungsrechnungen bildet die Entwicklung des Hauptgeschäftsfeldes der RBS – die Hausbewirtschaftung.

In den Jahren 2012 und 2013 ist mit einer konstanten Entwicklung der Ertragslage zu rechnen.

Stadtbahngesellschaft Rhein-Sieg mbH i.L.

1. Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Firma	Stadtbahngesellschaft Rhein-Sieg mbH (SRS i.L.)
Sitz	Scheidtweilerstrasse 38, 50933 Köln
Gründung	17.05.1974

Gesellschaftsvertrag Fassung vom 21.12.2009

Handelsregister	HRB 6597 beim Amtsgericht Köln
Geschäftsjahr	Kalenderjahr

2. Zweck der Gesellschaft

Gegenstand des Unternehmens sind Planung, Bau und Betrieb einer Stadtbahn sowie der P+R- bzw. B+R-Anlagen im Verkehrsraum Köln/Bonn. Zur Planung und Bauausführung innerhalb des jeweiligen Gemeindegebietes bedient sich die Gesellschaft der betroffenen Gemeinde; diese ist verpflichtet, die von der Gesellschaft festgelegten allgemeinen Richtlinien zu beachten. Sie wird den Betrieb der Stadtbahn, soweit das mit der Zweckbestimmung des Unternehmens vereinbar und wirtschaftlich ist, auf einzelne Nahverkehrsbetriebe oder Regionalgesellschaften übertragen.

3. Zusammensetzung der Organe

3.1 Gesellschafterversammlung

Im Jahre 2011 fanden zwei Gesellschafterversammlungen statt.

3.2 Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat wurde im Geschäftsjahr 2010 aufgelöst, da der Gesellschaftsvertrag mit Beschluss vom 21.12.2009 neu gefasst wurde. Die Eintragung der Änderung erfolgte am 02.03.2010 im Handelsregister.

3.3 Geschäftsführer

Die Geschäftsführung besteht gemäß §13 des Gesellschaftsvertrages aus mindestens zwei Geschäftsführern. Die Gesellschaft wurde durch zwei Geschäftsführer gemeinsam oder durch einen Geschäftsführer zusammen mit einem Prokuristen vertreten.

Die Geschäftsführung oblag in 2011 Herrn Heinz Jürgen Reining, Herrn Jürgen Fenske (bis 17.06.2011) und Herrn Jörn Schwarze (ab 17.06.2011).
Prokurist war Herr Ivo Füssgen.

Im Berichtsjahr beliefen sich die Bezüge der Geschäftsführer auf ca. 12 T€.

4. Beteiligungsverhältnisse

Das gezeichnete Kapital ist voll einbezahlt und beträgt **778.240 €**.

Die Beteiligungsverhältnisse stellen sich wie folgt dar:

<u>Gesellschafter</u>	<u>Gesellschafteranteile in €</u>	<u>in %</u>
Stadt Köln	389.120,-	50,00
Bundesstadt Bonn	158.720,-	20,39
Stadt Bergisch Gladbach	25.600,-	3,29
Stadt Brühl	25.600,-	3,29
Stadt Königswinter	20.480,-	2,63
Stadt Siegburg	20.480,-	2,63
Stadt Sankt Augustin	20.480,-	2,63
Stadt Bad Honnef	15.360,-	1,97
Stadt Bornheim	15.360,-	1,97
Stadt Wesseling	15.360,-	1,97
Stadt Hürth	30.720,-	3,95
Gemeinde Alfter	10.240,-	1,32
Rhein-Erft-Kreis	10.240,-	1,32
Rhein-Sieg-Kreis	10.240,-	1,32
Stadt Niederkassel	10.240,-	1,32
Gesamt	778.240,-	100,00

5. Beschäftigte

In 2011 wurden durchschnittlich drei Mitarbeiter (davon 2 Geschäftsführer/Liquidatoren) beschäftigt.

6. Wirtschaftsprüfer

Die Gesellschaft beauftragte die West-Rhein-Treuhand Zacharias & Demmer oHG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft mit der Prüfung des Jahresabschlusses.

7. Leistungsbeziehungen zu anderen Gesellschaften an denen die Stadt Bergisch Gladbach beteiligt ist

In 2011 lagen keine entsprechenden Leistungsbeziehungen vor.

8. Geschäftsverlauf

Umsatzerlöse fielen im Berichtsjahr nicht an, da keine Projekte abgerechnet wurden.

Die Bestandsveränderungen betreffen die Aktivierung der Aufwendungen für bezogene Leistungen für den Bau der P+R-Anlage an der Haltestelle Köln-Weiden West.

Einem positiven Finanzergebnis von 2 T€, stehen Personalaufwendungen von 18 T€ und sonstige betriebliche Aufwendungen von 244 T€ gegenüber. Unter Berücksichtigung eines außerordentlichen Ergebnisses (Aufwand) von 26 T€, das sich aus dem Zinsanteil auf den Ablösebetrag von Leistungsansprüchen im Falle einer Beendigung der Mitgliedschaft in der Zusatzversorgungskasse der Stadt Köln durch die Liquidation der Gesellschaft ergibt, verbleibt ein Jahresfehlbetrag von 286.782,46 € (Vj. 3.803 T€)

Unter Berücksichtigung eines Verlustvortrages von 4.530 T€ und in 2011 geleisteten Nachschüssen der Gesellschafter von 123T€, wird zum 31.12.2011 ein Bilanzverlust von 4.693 T€ ausgewiesen.

Dieser Verlust übersteigt das Eigenkapital um 3.915 T€, das als nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag in der Bilanz ausgewiesen werden.

Zur Abwendung insolvenzrechtlicher Antragspflichten haben sich die Gesellschafter auf Vorschlag der Liquidatoren verpflichtet, den Jahresfehlbetrag 2011 bis zu dem im Wirtschaftsplan angesetzten Betrag (125 T€) und den Jahresfehlbetrag 2012 - soweit dieser das restliche Eigenkapital der Gesellschaft übersteigt – bis zu dem im Wirtschaftsplan angesetzten Betrag (215 T€) durch Nachschüsse gemäß § 7 Abs. (2) bis (4) des Gesellschaftsvertrages auszugleichen. Die endgültige Nachschusshöhe wird im Rahmen der Feststellung der Jahresabschlüsse 2011 bzw. 2012 festgelegt.

Für den darüber hinausgehenden Betrag des nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrags bestehen Rückgriffsmöglichkeiten, so dass eine Insolvenz trotz der bilanziellen Überschuldung nicht vorliegt.

Die Bilanzsumme verminderte sich um 228 T€. Ursache hierfür war im Wesentlichen ein Rückgang der Bestände im kurzfristigen Vermögens- und Schuldenbereich, während sich das langfristig gebundene Vermögen nur wenig veränderte.

Aufgrund der in 2011 weitergeleiteten Zuschüsse verminderten sich auf der Passivseite die sonstigen Verbindlichkeiten um 248 T€. Entsprechend ist auf der Aktivseite ein Rückgang (-360 T€) bei den flüssigen Mittel zu verzeichnen.

Auf der Passivseite stieg der nicht durch Eigenkapital gedeckte Fehlbetrag um 164 T€. Einem Jahresfehlbetrag von 287 T€ stehen Nachschüsse der Gesellschafter von 123 T€ gegenüber.

Der voraussichtliche Zeitpunkt der Löschung der Gesellschaft ist derzeit nicht vorherzubestimmen. Er ist u.a. von der Abwicklung, Abrechnung und Prüfung aller Zuschussmaßnahmen durch die Bewilligungsbehörde abhängig. (Die Gesellschafterversammlung beschloss im Dezember 2007 einstimmig die Auflösung der Gesellschaft mit Wirkung ab dem 01.01.2008.)

9. Technische Daten/ Fördermittel

In den Vereinbarungen für die einzelnen Investitionsmaßnahmen zwischen der Gesellschaft, den Verkehrsbetrieben und den Kommunen haben sich die Städte Köln, Brühl, Hürth und die Gemeinde Alfter verpflichtet, der SRS i.L. einen Zuschuss zu den Baukosten der jeweiligen Anlage in Höhe von 10 % der nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) bzw. dem Gesetz über den öffentlichen Personennahverkehr in Nordrhein-Westfalen (ÖPNVG NRW) zuwendungsfähigen Baukosten zuzüglich der nicht nach GVFG bzw. ÖPNVG NW zuwendungsfähigen Baukosten zu gewähren.

Die ausgewiesenen Zuschussforderungen betreffen im Wesentlichen mit 33,7 T€ die P+R-Anlage Köln-Weiden West.

Der Forderungsbestand per 31.12.2011 ist durch eine Debitoren-Saldenliste nachgewiesen.

Zum Zeitpunkt unserer Prüfung – 11. Juni 2012 – waren die Forderungen gegen Gesellschafter in Höhe von 33.736,23 € noch nicht bezahlt.

Zu Zuschussrückforderungen:

Für ein laufendes Prüfungsverfahren des staatlichen Rechnungsprüfungsamtes Köln (Prüfbericht 30.08.2010) hat die Gesellschaft für mögliche Zuschussrückforderungen und zurückzuzahlende Zinsen der Maßnahme P+R-Anlage Frankfurter Straße und B-R-Anlage Kiebitzweg im Vorjahr eine Rückstellung in Höhe von insgesamt 180 T€ gebildet.

Für das potentielle Risiko weiterer Zuschussrückforderungen aufgrund künftiger Prüfungen der zuschusstechnisch noch nicht abgeschlossenen Maßnahme wurde im Geschäftsjahr 2010 darüber hinaus ein Betrag von insgesamt 3.500 T€ zurückgestellt, der auf einer Risikobeurteilung der Liquidatoren basiert. Die im Vorjahr gebildeten Rückstellungen wurden in unveränderter Höhe zum 31.12.2011 beibehalten.

Zu Zuschüsse:

Die Gesellschaft bearbeitet und beantragt die öffentlichen Zuschüsse zur Planung, zur Umrüstung und zum Ausbau von Strecken auf Stadtbahnbetrieb sowie zum Bau von P+R-Anlagen. Die erhaltenen Zuschüsse werden an die einzelnen Verkehrsbetriebe weitergeleitet.

Sie setzten sich wie folgt zusammen:

Zuschüsse für

Ausbau und Verlängerung der Stadtbahnlinie 1	49.387,18 €
den Ausbau der Vorgebirgsbahn	77.796,87 €
die Erhöhung der Bahnsteige Efferen und Kiebitzweg	45.066,11 €
die P+R-Anlage Gemeinde Windeck	38.067,46 €
die P+R-Anlage und Buswendeanlage Alfter-Witterschlick	18.330,00 €
die Erhöhung der Bahnsteige der Rheinuferbahn	1.028,59 €
Gesamt	229.676,21 €

Zum Prüfungszeitpunkt – 11. Juni 2012 – waren die Zuschüsse in vollständiger Höhe noch nicht weitergeleitet worden.

10. Ausblick

Aufgrund veränderter Rahmenbedingungen haben sich die wirtschaftliche Situation und die Zukunftsperspektive der Gesellschaft verschlechtert. Da wesentliche Änderungen in den nächsten Jahren nicht zu erwarten und insbesondere neue größere Investition- und Zuschussmaßnahmen nicht absehbar sind, hat die Gesellschafterversammlung die Auflösung der Gesellschaft mit Wirkung ab dem 01.01.2008 beschlossen.

Ab dem 01.01.2009 ist die Gesellschaft im Wesentlichen personallos gestellt worden. Bis auf die beiden Liquidatoren und einen Prokuristen beschäftigt die Gesellschaft kein eigenes Personal mehr. Die ehemaligen MitarbeiterInnen wurden von der KVB AG und der SWBV-GmbH übernommen.

Die laufenden Geschäfte werden bis zur Löschung der Gesellschaft auf der Grundlage eines Geschäftsbesorgungsvertrages von der KVB AG und auch im geringen Umfang von der SWBV-GmbH übernommen.

Eine Feststellung der finanziellen Risiken aus der Liquidation führte im Wesentlichen zu dem nachfolgenden Ergebnis.

Im Geschäftsfeld der Zuschussverwaltung öffentlicher Fördermittel nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) ist die SRS i.L. Erstempfängerin der beantragten Zuschüsse und daher mit allen Rechten und Pflichten innerhalb der Zweckbindungsdauer gegenüber der Zuschussbehörde für die entsprechende Zweckverwendung verantwortlich.

Um die zivilrechtlichen Voraussetzungen der Liquidation zu schaffen – Abwicklung aller Forderungen und Verbindlichkeiten –, ist mit der Bewilligungsbehörde der Übergang aller mit den Zuwendungsbescheiden verbundenen Rechte und Pflichten auf den Letztempfänger der Maßnahme abschließend zu regeln, um Rückzahlungsrisiken wegen Fehlverwendung abzuwenden. Ebenso sind die mit den Gemeinden getroffenen Vereinbarungen über die Restfinanzierung auf den Letztempfänger der Fördermittel zu übertragen.

Die Gesellschaft übernahm als Bauträger die Planungen und den Bau von P+R/ B+R-Anlagen und beantragte zugleich die öffentlichen Fördergelder nach dem GVFG. Nach den vertraglichen Grundlagen liegt das Risiko eines vorzeitigen Baubeginns bei der SRS i.L., so dass über die weitere Verwendung der verursachten Projektierungskosten zu entscheiden ist. Wenn die Projekte im Liquidationszeitraum nicht beendet werden bzw. auf einen Rechtsnachfolger übergehen, belasten verlorene Planungskosten das Liquidationsergebnis der Gesellschaft.

Ferner sind erworbene Gewährleistungsansprüche aus der Bauträgertätigkeit der SRS i.L., die innerhalb der vertraglichen Gewährleistungszeit liegen, auf die Eigentümer der Anlagen zu übertragen, um mögliche Ansprüche bis zum Ende der jeweiligen Gewährleistungszeiträume aufrechtzuerhalten.

Ebenso wie bei der Zuschussverwaltung ist in Abstimmung mit der Bewilligungsbehörde die Übertragung aller Auflagen und Bestimmungen der Zuwendungsbescheide auf den übernehmenden Rechtsträger zu regeln, um die SRS i.L. aus der Haftung zu entlassen.

Die durch die Liquidation verursachte Beendigung der Mitgliedschaft in der Zusatzversorgungskasse der Stadt Köln führt zu Ausgleichszahlungen für die Ablösung von Leistungsansprüchen. Hierfür besteht eine entsprechende Rückstellung von 422 T€.

Für das Risiko möglicher Zuschussrückforderungen aufgrund aktueller bzw. zukünftiger Prüfungen des Staatlichen Rechnungsprüfungsamtes bestehen Rückstellungen von 3.680 T€. Inwieweit durch die anstehende Überprüfungen weiterer Rückstellungsbedarf entstehen kann, ist zurzeit noch nicht erkennbar. Weitere Rückforderungsansprüche könnten die geordnete Liquidation und damit die Existenz des Unternehmens gefährden. Die Liquidatoren haben zur Identifizierung weiterer potentieller Risiken und deren Abwehr gutachterliche Stellungnahmen eingeholt.

Die Prüfung des Jahresabschlusses erfolgte unter folgender Einschränkung:

Das Staatliche Rechnungsprüfungsamt Köln hat in 2010 die Zuweisungen nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) und dem Gesetz über den öffentlichen Personennahverkehr NRW (ÖPNVG NRW) für Baumaßnahmen der Stadtbahngesellschaft Rhein-Sieg mbH i.L. geprüft. Nach den Feststellungen des Staatlichen Rechnungsprüfungsamtes sind die Auftragsvergaben teilweise nicht entsprechend den zuwendungsrechtlichen Vorschriften erfolgt. Vergabeverstöße können, je nach Grad des Verstoßes, zu Zuschussrückforderungen führen. Über das potentielle Vorhandensein weiterer Vergabeverstöße bei abgerechneten und noch nicht abgerechneten Maßnahmen der Stadtbahngesellschaft Rhein-Sieg mbH i.L. kann derzeit keine hinreichende Aussage getroffen werden. Es kann daher nicht ausgeschlossen werden, dass der Jahresabschluss bezüglich nicht vollständig passivierter Zuschussrückforderungen fehlerhaft ist.

Neben den anstehenden Prüfungen der Zuschussmaßnahmen liegen keine wesentlichen Vorgänge von besonderer Bedeutung vor, die nach dem Abschlussstichtag eingetreten sind und einen wesentlichen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage haben. Operative Risiken, die einer geordneten Liquidation der Gesellschaft entgegenstehen, bestehen nicht.

Bürgerhaus Bergischer Löwe GmbH

1. Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Firma	Bürgerhaus Bergischer Löwe GmbH
Sitz	Konrad-Adenauer-Platz, 51465 Bergisch Gladbach
Gründung	06.12.1979
Gesellschaftsvertrag	Fassung vom 06.12.1979, letzte Eintragung 27.01.2004 (Wechsel der Geschäftsführung)
Handelsregister	HB B 45717 beim Amtsgericht Köln (vor Zuständigkeitswechsel HR B 2002 beim Amtsgericht Bergisch Gladbach)
Geschäftsjahr	Kalenderjahr

2. Zweck der Gesellschaft

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb des Bürgerhauses Bergischer Löwe mit dem Ziel der Zusammenführung und Förderung sozialer und kultureller Beziehungen in der Bevölkerung. Die Gesellschaft hat zwei Geschäftsbereiche. Im Rahmen des „Hauptbereiches“ vermietet sie die Räume des Bürgerhauses für Veranstaltungen aller Art, betreibt die Organisation von Veranstaltungen sowie die Verwaltung des Hauses. Zum 01.01.1992 hat die Gesellschaft den gesamten bis zu diesem Zeitpunkt von der Stadt Bergisch Gladbach betriebenen Theaterbetrieb („Veranstaltungsbereich“) übernommen.

3. Zusammensetzung der Organe

3.1 Gesellschafterversammlung

Die Gesellschafter üben die ihnen in Angelegenheiten der Gesellschaft zustehenden Rechte gemeinschaftlich in der Gesellschafterversammlung durch Beschlussfassung aus. In der Gesellschafterversammlung wird nach Geschäftsanteilen abgestimmt. Je 511,29 € eines Geschäftsanteils gewähren eine Stimme. Gesellschafterbeschlüsse werden mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst.

3.2 Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat besteht aus sechs Mitgliedern. Die Stadt Bergisch Gladbach entsendet drei Mitglieder. Der Bürgermeister ist geborenes Mitglied, während die zwei weiteren Mitglieder vom Rat der Stadt gewählt werden. Jeder der übrigen Gesellschafter entsendet je ein Mitglied. Jedes Mitglied hat nach dem Gesellschaftsvertrag das Recht, einen Stellvertreter zu bestimmen.

Aufsichtsratsvorsitzender ist Herr Lutz Urbach, Bürgermeister. Stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrates ist Dr. Peter Roggen, Geschäftsführer.

Der Aufsichtsrat setzte sich am Ende des Geschäftsjahres 2011 wie folgt zusammen:
Von der Stadt Bergisch Gladbach benannt:

<u>Mitglieder</u>	<u>Stellvertreter</u>
Lutz Urbach, Bürgermeister	Annegret Kreft, Stadtverordnete
Birgit Bischoff, Stadtverordnete	Ingrid Koshofer, Stadtverordnete
Elke Lehnert, Stadtverordnete	Elvira Reudenbach, Stadtverordnete

Von den anderen Gesellschaftern benannt:

Mitglieder

Herr Gottfried Finken, Bankdirektor
-Stadtspportverband-

Herr Dr. Peter Roggen, Geschäftsführer
-Gesellschaft Erholung-
bis März 2011

Herr Peter Müller, Geschäftsführer
ab März 2011
Herr Reinhard Paas, Rechtsanwalt
-Eigentümergeinschaft-

Stellvertreter

Frau Erika Mundorf, Sportreferentin

Herr Peter Müller, Geschäftsführer
bis März 2011

Herr Marco Schmitz, Geschäftsführer
ab März 2011
Herr Gregor Mühe, Rechtsanwalt

Im Geschäftsjahr 2011 haben drei ordentliche Aufsichtsratssitzungen stattgefunden.

3.3 Geschäftsführung

Als alleiniger Geschäftsführer ist Herr Norbert Pfenning bestellt.

4. Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt unverändert 30.677,51 €.

Die Beteiligungsverhältnisse stellen sich z. Zt. wie folgt dar:

<u>Gesellschafter</u>	Gesellschafteranteile in €	<u>in %</u>
Stadt Bergisch Gladbach	15.338,75	50,00
Eigentümergeinschaft Bergischer Löwe	5.112,92	16,67
Gesellschaft Erholung e.V.	5.112,92	16,67
Stadtspportverband Bergisch Gladbach e.V.	5.112,92	16,67

5. Beschäftigte

Im Berichtsjahr 2011 waren bei der Gesellschaft durchschnittlich 11 Arbeitnehmer beschäftigt. Davon waren neben dem Geschäftsführer 7 Mitarbeiter Angestellte und 3 Mitarbeiter Bühnen-/Hausmeister.

6. Wirtschaftsprüfer

Die Gesellschaft beauftragte die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Billstein, Mehliß, Osenau mit der Prüfung des Jahresabschlusses 2011.

7. Leistungsbeziehungen zu anderen Gesellschaften an denen die Stadt Bergisch Gladbach beteiligt ist

In 2011 lagen keine entsprechenden Leistungsbeziehungen vor.

8. Geschäftsverlauf

In 2011 gingen die Umsatzerlöse um 1 T€ zurück. Dem Anstieg der Erlöse im Hauptbereich um 3 T€ steht ein Rückgang im Veranstaltungsbereich um 4 T€ entgegen.

Im Veranstaltungsbereich sind neben den Erlösen auch die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen um 28 T€ gesunken.

Der Hauptbereich erwirtschaftete einen Jahresfehlbetrag von 1 T€ während der Theaterbereich einen Jahresüberschuss von 42 T€ erzielt hat.

Im abgelaufenen Jahr wurden in das der Gesellschaft zuzurechnende Anlagevermögen und die von der Stadt angepachteten Inventargegenstände Investitionen i.H.v. 3 T€ getätigt.

Die Gesellschaft hatte bereits in Vorjahren das Angebot an Veranstaltungen im Theaterbetrieb an die eingeschränkten finanziellen Möglichkeiten angepasst. Der Zuschuss der Stadt belief sich auf 350 T€.

Dem Hauptbereich standen in 2011 insgesamt Zuschüsse von 443 T€ zur Verfügung.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass die Entwicklung im Theaterbereich durch rückläufige Kartenverkaufserlöse und geringere Honorar- und Personalaufwendungen gekennzeichnet ist. Im Hauptbereich fielen in 2011 hohe einmalige Erträge an, die zu einer Steigerung des Zinsergebnisses sowie des periodenfremden und neutralen Ergebnisses führten.

Beide Bereiche zusammengefasst resultiert aus dem um 29 T€ erhöhten Betriebsergebnis, dem um 21 T€ gestiegenen Zinsergebnis und dem um 19 T€ verbesserten periodenfremden und neutralen Ergebnis ein Jahresüberschuss von 41 T€.

Hauptbereich

Die Umsatzerlöse des Hauptbereichs stiegen um 3 T€ auf 287 T€.

Um das mit dem Betrieb des Bürgerhauses Bergischer Löwe verbundene Ziel, die Zusammenführung und Förderung sozialer und kultureller Beziehungen in der Bevölkerung, zu erreichen, hat die Gesellschaft das Bürgerhaus von der Stadt Bergisch Gladbach zu einem jährlichen Pachtzins von 131.913,36 € zuzüglich Umsatzsteuer gepachtet.

Zusätzlich zum Bürgerhaus hat die Gesellschaft ab dem 01.04.1998 die an der Rückfront des

Bürgerhauses gelegenen Parkplätze von der Stadt Bergisch Gladbach zu einem jährlichen Pachtzins von 3.600 € gepachtet.

Gemäß Vertrag zwischen der Stadt Bergisch Gladbach und der Bürgerhaus Bergischer Löwe GmbH vom 02.06.2009 wurde die Gewährung der Zuschüsse neu geregelt. Nach der Neuregelung gewährt die Stadt dem Hauptbereich der Gesellschaft einen festen jährlichen Zuschuss in Höhe von 423.349,68 € sowie einen festen jährlichen Investitionszuschuss von 20.452,00 €. Jährlich anfallende Jahresüberschüsse sind laut Vertrag so lange in eine Gewinnrücklage einzustellen, bis diese zusammen mit bisher gebildeten Gewinnrücklagen sowie dem gezeichneten Kapital einen Betrag von 100 T€ ausmachen. Nach Erreichen der vorgenannten Grenze zahlt die Stadt dem Hauptbereich den Betrag von 423.349,68 € lediglich als verlustabdeckenden Zuschuss.

Der Vertrag vom 02.06.2009 kann frühestens mit Wirkung zum 31.12.2013 gekündigt werden, welches mit Schreiben aus August 2011 erfolgte.

In einer gesonderten Vereinbarung vom 02.06.2009 hat die Stadt auf Ansprüche gegen die Gesellschaft verzichtet, was in 2009 zu einem Ertrag der Gesellschaft in Höhe von 43.856,49€ führte. Der Verzicht steht unter der Bedingung, dass die Gesellschaft eine zusätzliche Gewinnrücklage in dieser Höhe bildet. Zwischen der Stadt und der Gesellschaft ist vereinbart, dass zukünftige Überschüsse der Gesellschaft zunächst zur Bildung der Gewinnrücklage laut dieser Vereinbarung zu bilden sind.

Erst nachdem die Rücklage in voller Höhe gebildet ist, können Überschüsse der Gesellschaft für Zuführungen zu den Rücklagen entsprechend dem oben genannten Vertrag über die Neuregelung der Zuschüsse verwendet werden.

Der Hauptbereich schließt mit einem **Jahresfehlbetrag** von **1 T€** ab.

Die Stadt stellte dem Hauptbereich für 2011 einen verlustabdeckenden Zuschuss in Höhe von 423 T€ sowie einen Investitionszuschuss von 20 T€ zur Verfügung.

Veranstaltungsbereich (Theaterbetrieb)

Die Umsatzerlöse des Veranstaltungsbereichs sanken um 4 T€ auf 220 T€.

Die Gesellschaft hat zum 01. Januar 1992 von der Stadt Bergisch Gladbach den Theaterbetrieb übernommen. Die Stadt gewährte mit dem oben genannten Vertrag vom 02.06.2009 der Gesellschaft in 2011 einen Zuschuss in Höhe von 350.200 €.

Der Veranstaltungsbereich weist im Geschäftsjahr einen **Überschuss** von **42 T€** aus.

9. Ausblick

Zur künftigen Entwicklung und zu den Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung der Gesellschaft enthält der Lagebericht der Geschäftsführung folgende wesentliche Aussagen:

- Geringe Eigenkapitalausstattung der Gesellschaft
- Die Abhängigkeit der Gesellschaft von den Zuschüssen der Stadt
- Ausgeglichenes Ergebnis für 2012

Die Gesellschaft kann ausschließlich durch Zuschüsse der Stadt ein ausgeglichenes Ergebnis erwirtschaften. Der dem Hauptbereich zugesagte Zuschuss beträgt für 2012 443 T€. Dem Veranstaltungsbereich wurde vertraglich für 2012 ein Zuschuss von 350 T€ zugesagt.

In der Zukunft sind Kostensteigerungen für Honorare sowie für Unterhalt und Wartung des Bürgerhauses und Energiekosten im Hauptbereich zu erwarten.

Den Kostensteigerungen könnte die Gesellschaft durch Einsparungen und Preisanpassungen entgegentreten.

Die Geschäftsführung geht davon aus, dass für das Jahr 2012 in beiden Bereichen ein ausgeglichenes Ergebnis erwirtschaftet wird.

Tatsachen, die den Fortbestand des Unternehmens gefährden oder dessen Entwicklung wesentlich beeinträchtigen können, wurden bei der Abschlussprüfung nicht festgestellt.

Die Entwicklung der Gesellschaft ist allerdings von der Zahlung ausreichender Zuschüsse durch die Stadt Bergisch Gladbach abhängig. Nach Ansicht der Geschäftsführung steht unter Berücksichtigung der Zuschüsse der Stadt Bergisch Gladbach einer Fortführung des Unternehmens nichts entgegen.

Die Geschäftsführung der Bürgerhaus Bergischer Löwe GmbH hat bei der Aufstellung des Wirtschaftsplanes für 2012 sowie der Programmgestaltung des Theaterbereiches für die Spielzeit 2012/13 die von der Stadt Bergisch Gladbach der Gesellschaft zugesagten Zuschüsse berücksichtigt. Veranstaltungsangebot und Kosten richten sich an dieser Vorgabe aus. Die Geschäftsführung erwartet bei gleich bleibenden Zuschüssen auch in den folgenden Geschäftsjahren ein ausgeglichenes Ergebnis.

Die Stadt Bergisch Gladbach hat allerdings den Vertrag über die der Gesellschaft zu gewährenden Zuschüsse mit Wirkung zum 31.12.2013 gekündigt.

Rheinisch-Bergisches TechnologieZentrum GmbH

1. Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Firma	Rheinisch-Bergisches TechnologieZentrum GmbH
Sitz	Friedrich-Ebert-Strasse, 51429 Bergisch Gladbach
Gründung	26.10.1994
Gesellschaftsvertrag	Gründungsvertrag vom 26.10.1994 (letzter Eintrag 23.05.2006)
Handelsregister	HR B 46635 beim Amtsger. Köln (letzter Eintrag 22.01.2010)
Geschäftsjahr	Kalenderjahr

2. Zweck der Gesellschaft

Gegenstand des Unternehmens der Gesellschaft ist die Einrichtung und der Betrieb eines Technologiezentrums, mit dem die Gründung neuer Unternehmen sowie die Entwicklung junger Unternehmen, die neue Technologien, Güter oder Verfahren entwickeln, produzieren und vermarkten, gefördert werden soll. Weiterhin sollen Unternehmen koordiniert und gefördert werden, deren Tätigkeiten auf dem Gebiet des Umweltschutzes liegen.

3. Zusammensetzung der Organe

3.1 Gesellschafterversammlung

Je 500 € eines Geschäftsanteils gewähren eine Stimme. Die Gesellschafterversammlung hielt im Berichtsjahr 2 Versammlungen ab.

Mitglied in der Gesellschafterversammlung ist Herr Stephan Schmickler, Stadtbaurat.

3.2 Geschäftsführung

Die Geschäfte werden vom hauptamtlichen Geschäftsführer geleitet. Als hauptberuflicher Geschäftsführer ist Herr Martin Westermann (Stadt Bergisch Gladbach) tätig. Nebenberufliche Geschäftsführer sind die Herren Dietmar Virnich (Overath) und Stefan Dürselen (Düren).

3.3 Beirat

Die Gesellschafterversammlung kann einen Beirat berufen, der - ohne Organ der Gesellschaft zu sein - eine beratende Funktion hat.

3.4 Aufsichtsrat

Die Gesellschaft hat keinen Aufsichtsrat.

4. Beteiligungsverhältnisse

Bei einem Stammkapital von 100.000 EURO ergeben sich folgende Beteiligungsverhältnisse:

<u>Gesellschafter</u>	<u>Stammeinlage in €</u>	<u>in %</u>
Stadt Bergisch Gladbach	25.000,-	25
Rheinisch-Bergischer Kreis	25.000,-	25
KSK Köln Beteiligungsgesellschaft mbH	48.000,-	48
Industrie- u. Handelskammer zu Köln	2.000,-	2

Die Industrie- und Handelskammer zu Köln nimmt mit ihrem Geschäftsanteil am Gewinn bzw. Verlust der Gesellschaft nicht teil.

Die Gesellschafter Stadt Bergisch Gladbach und Rheinisch-Bergischer Kreis sind zu einer

Verlustübernahme von max. insgesamt 100 T€ pro Jahr durch Einzahlung in die Kapitalrücklage verpflichtet.

5. Beschäftigte

Die Gesellschaft beschäftigte im Berichtsjahr durchschnittlich 1 (im Vorjahr 1) Arbeitnehmerin.

6. Wirtschaftsprüfer

Die Gesellschaft beauftragte die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Dr. Leyh, Dr. Kossow & Dr. Ott mit der Prüfung des Jahresabschlusses 2011.

7. Geschäftsverlauf

Seit 17 Jahren hat sich das Rheinisch-Bergische TechnologieZentrum (RBTZ) in Bergisch Gladbach als Keimzelle für technologieorientierte Existenzgründer und Jungunternehmer etabliert. Tätigkeitsschwerpunkt ist die qualifizierte und kostenlose Beratung bei technologieorientierten Unternehmensgründungen. Seit dem Bestehen der Gesellschaft wurden 675 Gründungsvorhaben geprüft. Bis zum 31.12.2011 wurden insgesamt 226 Unternehmen gegründet. Als Gründer in das Rheinisch-Bergische TechnologieZentrum wurden bisher 76 Unternehmen aufgenommen. Am 31.12.2011 hatten dort 18 Existenzgründer Mietverträge.

Von den zum 31.12.2011 zur Verfügung stehenden Flächen in der Größenordnung von ca. 2.800 m² waren rd. 2.460 m² belegt.

Zum Zeitpunkt der jeweiligen Existenzgründung im TechnologieZentrum werden seit 17 Jahren nachweislich zum Unternehmensstart durchschnittlich 2 neue Arbeitsplätze geschaffen. Aus Mieterbefragungen zum Ende der vorangegangenen Jahre ergibt sich eine durchschnittliche Mitarbeiterzahl von 9 über die letzten 9 Jahre. Legt man eine ähnliche Wachstumsentwicklung für die Gesamtmieterschaft der RBTZ seit 1995 und eine TZ-spezifische Insolventquote in Höhe von 9 % zugrunde (von 76 Unternehmen wurden 7 im Rahmen eines Insolvenzverfahrens abgewickelt), so werden von den erfolgreichen Unternehmen, die im TechnologieZentrum gegründet wurden, heute rd. 620 hoch qualifizierte Arbeitsplätze bereitgestellt.

Die Gesamtzahl der durch die in TechnologieZentrum, TechnologiePark und Region neu gegründeten 226 Unternehmen geschaffenen Arbeitsplätze lässt sich unter Zugrundelegung der TZ-spezifischen Insolvenzquote von 9 % somit auf bis zu 1.850 hochrechnen. Die hierdurch erreichten strukturellen Effekte und Folgewirkungen für die Region dürften sehr hoch sein, lassen sich aber zahlenmäßig ohne größeren Aufwand nicht quantifizieren.

Ergebnisse des Statistischen Bundesamtes zeigen, dass im Jahr 2011 ca. 51 % aller Unternehmensinsolvenzen in Deutschland auf diejenigen Unternehmen entfallen, die weniger als 8 Jahre auf dem Markt tätig waren. Über 40% davon betraf Insolvenzen innerhalb der ersten drei Jahre. Die geringe Insolvenzquote im Rheinisch-Bergischen Technologiezentrum ist ein Ergebnis der kontinuierlichen und qualitätsorientierten Gründerauswahl. Aus diesem

Grunde ist es auch bis heute nicht zu einer Häufung von Insolvenzen in dem Betreuungsbereich des Rheinisch-Bergischen Technologiezentrums gekommen.

Neben der quantitativen Betrachtung des Gründungsgeschehens ist die Qualität der Gründungen ein wesentlicher Aspekt. Ein wichtiger Indikator hierfür ist die Tatsache, dass den Unternehmen aus dem Rheinisch Bergischen TechnologieZentrum 40 Preise oder Auszeichnungen überwiegend im Rahmen von regionalen und überregionalen Business-Plan- und Innovations-Wettbewerben seit 1995 zuteil wurden.

Um die Ansiedlung von technologieorientierten Gründungsvorhaben sicherzustellen und zu intensivieren, wurden auch in 2011 speziell für technologieorientierte Unternehmen zugeschnittene Workshops und Seminare im Rahmen des ManagementForums in Zusammenarbeit mit der Kreissparkasse Köln, dem TechnologieZentrum, ST@RT HÜRTH, den Gründer- und Technologiezentren Gummersbach, Rheinbach sowie dem BusinessCampus Rhein-Sieg in Sankt Augustin und Start Media in Hürth konzipiert und durchgeführt. Die Aktivitäten sollen auch im Jahr 2012 fortgeführt werden.

In Zusammenarbeit mit weiteren Netzwerkpartnern wurden im Berichtsjahr weitere Veranstaltungen unterschiedlicher Art für Unternehmer und Gründer in der Region durchgeführt. Im Rahmen der Fortbildungsveranstaltungen „ManagementForum 2011“ wurden rd. 300 Teilnehmer erreicht, zwei Veranstaltungen fanden im TechnologieZentrum statt. Veranstaltungen im STARTERCENTER Rhein/Berg/Leverkusen (Gründertage, Zirkel-Beratungen) am Standort Technologiepark Bergisch Gladbach besuchten rd. 719 potentielle Gründer. Das Technologiezentrum erreichte auf externen Veranstaltungen (außerhalb TechnologiePark) im Rahmen von Gründertagen und Businessplanwettbewerben weitere Gründer. Ein wesentliches Ziel dieser Veranstaltungen ist die Informationsvermittlung an Existenzgründer sowie der Technologie- und Wissenstransfer für die mittelständischen Unternehmen in der Region.

Zu den Veranstaltungen mit wirtschaftsnahen Institutionen und Hochschulen gehörten 2011 die Unterstützung des VDI (Nacht der Technik), die Teilnahme am Gründer- und Nachfolgetag in Köln (Unternehmerstart Köln) und Veranstaltungen im Rahmen des Förderprojektes „HiPo – High Potentials im Rheinland“ (der Antrag des RBTZ und seiner Projektpartner erhielt 2009 den Zuschlag im Wettbewerb „Gründung.NRW“ für Fördermittel aus dem NRW-EU Ziel 2- Programm). Die Auszeichnung der ersten HiPos fand am 12.07.2011 in der Piazza des Rathauses zu Köln statt und informierte 100 Teilnehmer aus Wirtschaft, Forschung und Verwaltung.

Umsatzentwicklung

Die Umsatzerlöse haben sich im Berichtsjahr 2011 um ca. 7 % reduziert. Wesentlicher Grund hierfür war der Auszug eines Mieters mit einem hohen Flächenanteil.

Im Jahr 2012 kalkuliert die Geschäftsführung auf der Basis des Erfolgsplans 2012 mit Umsatzerlösen in der Größenordnung von 320 T€.

Investitionen

Im Jahr 2011 wurden keine wesentlichen Einzelinvestitionen durchgeführt.

8. Wirtschaftliche Daten

Die Ertragssituation wird weiterhin wesentlich von den Erlösen aus der Vermietung von Flächen und den Kosten der Anmietung beeinflusst.

Das operative Ergebnis des Jahres 2011 weist einen Verlust in Höhe von 92 T€ aus.

Die Vermietungserlöse werden auch zukünftig nicht ausreichen, die betrieblichen Aufwendungen zu decken, so dass nachhaltig mit einer negativen Ertragslage zu rechnen ist. Hinzu kommt die notwendige Vorhaltung von Optionsflächen, um so das Wachstum von Jungunternehmen in begrenztem Umfang sicher zu stellen.

Die Ertragslage wird ebenfalls dadurch beeinflusst, dass die Begleitung und das Coaching von Gründern im Rheinisch-Bergischen TechnologieZentrum in der Regel ohne jedes Beratungshonorar erfolgen (Ausnahme: Beratung bei Exist-Gründerstipendien und Zuschüssen aus dem Förderprojekt HiPo – High Potentials im Rheinland). Deshalb wird ein Teil der Personalkosten durch adäquate Einnahmen dauerhaft nicht zu decken sein. Als „Durchlauferhitzer“ soll das Technologiezentrum Gründer bei der Schaffung zukunftssicherer und qualifizierter Arbeitsplätze unterstützen. Das heißt, der eigentliche Nutzen des Technologiezentrums liegt in kommunal- bzw. volkswirtschaftlichen Effekten, die nicht in die betriebswirtschaftlichen Ergebnisse des Technologie-Zentrums einfließen

Der konzeptionelle Ansatz für das Rheinisch-Bergische Technologiezentrum sieht deshalb einen Wechsel von erfolgreichen Jungunternehmern aus dem Rheinisch-Bergischen Technologiezentrum in den Technologiepark Bergisch Gladbach oder die Region im Rahmen einer technologieorientierten Wirtschaftsförderung ausdrücklich vor.

Zusätzliche Einnahmen wurden durch eine personelle Beteiligung des RBTZ an dem Projekt Gründen.NRW erzielt. Der Projektantrag des RBTZ im Verbund mit drei weiteren Technologie- und Gründerzentren (ST@RT Hürth, GTC Gummersbach, Rechtsrheinisch Technologie- und Gründerzentrum) sowie einem Projektplanungsbüro (AN Training GmbH) wurde im Rahmen des Förderwettbewerbs „Gründung.NRW“ (Fördermittel aus dem NRW-EU Ziel 2-Programm) positiv beschieden. Das Projekt beschreibt neue Wege zur Identifikation, Selektion und Förderung von technologieorientierten, erfolgsversprechenden Gründungsideen („High Potentials“). Projektstart war das Frühjahr 2010. Das RBTZ verspricht sich für 2012 von diesem Projekt neue Gründer und weitere wichtige Transferprojekte.

Finanzlage

Die kommunalen Gesellschafter des RBTZ haben sich im Rahmen einer Patronatserklärung zu einer Verlustausgleichszahlung in Höhe von insgesamt 100 T€ p.a. verpflichtet. Der finanzielle Verlustausgleich erfolgt erst nach Fertigstellung der Bilanz im Folgejahr. Die Gewährleistung der Liquidität im Geschäftsjahr kann deshalb nicht alleine hierdurch gesichert werden. Hierzu dient auch der außerordentliche Ertrag aus dem Verkauf des Teileigentums, der in die Gewinnrücklage eingestellt wurde.

Vermögenslage

Auf der Passivseite wird ein Eigenkapital in Höhe von 499 T€ ausgewiesen. Das Eigenkapital setzt sich zusammen aus dem Stammkapital in Höhe von 100 T€, der Kapitalrücklage in Höhe von 26 T€ und einer Gewinnrücklage in Höhe von 373 T€.

Risikobericht

Das Risikomanagement-System ist als internes Kontrollsystem ausgerichtet auf die Geschäftsführer. Aus diesem Grund gibt die Geschäftsführung in den turnusmäßigen Gesellschafterversammlungen im Rahmen des Berichts zur aktuellen Situation den Gesellschaftern alle notwendigen Informationen zu sämtlichen Risiken, die aus der Geschäftstätigkeit resultieren könnten. Mögliche Risiken werden aus diesem Grunde auch in den entsprechenden Protokollen der Gesellschafterversammlungen dokumentiert.

9. Leistungsbeziehungen zu anderen Gesellschaften an denen die Stadt Bergisch Gladbach beteiligt ist

Das Rheinisch-Bergische TechnologieZentrum vermietet seit 2006 an die Rheinisch-Bergische Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH (RBW). Die Jahresnettomiete betrug im Jahr 2011 14.198,40 € und Nebenkosten 7.858,08 €. Der Bruttogesamtbetrag inklusive Umsatzsteuer belief sich auf rd. 26.247 €

Weiter werden regelmäßig Anzeigen im Wirtschaftsmagazin punkt.RBW geschaltet. Im Jahr 2011 wurden 1.951,60 € an die RBW gezahlt.

10. Ausblick

Für das Rheinisch-Bergische TechnologieZentrum ist auch im Jahr 2012 eine kontinuierliche Weiterentwicklung geplant. Die bestehenden Kooperationsmöglichkeiten mit dem TechnologiePark sollen weiterhin genutzt werden.

Die Suche nach qualifizierten Gründern soll weiter vorangetrieben werden, um so die vorhandenen Vermietungskapazitäten besser auszulasten.. Aus diesem Grunde forcierte die Geschäftsführung des Rheinisch-Bergischen TechnologieZentrums die Gründerakquisition durch folgende Aktivitäten:

- Coaching und Beratung von Gründern im Rahmen des NUK (Neues Unternehmertum Rheinland) Business-Plan-Wettbewerbs
- Förderung von „High Potential-Gründungen“ im Rahmen des Projektes Gründen.NRW
- Angebote zur Kooperation mit dem Hochschulgründernetz Köln
- Teilnahme am Gründer- und Nachfolgetag Köln in der IHK
- Kooperation mit den Technologiezentren in der Region
- Zusammenarbeit mit der RBW im Rahmen der STARTCENTER.NRW-Aktivitäten
- Zielgerichteter Einsatz der Internet-Anwendung und des zugehörigen Newsletters als Akquisitionsinstrument
- Zusammenarbeit mit der privaten Fachhochschule der Wirtschaft (FHDW) und dem Bildungsinstitut für informationsverarbeitende Berufe (b.i.b) in Bergisch Gladbach

- Zusammenarbeit mit der Rheinischen Fachhochschule Köln GmbH
- Kooperationsveranstaltungen mit dem VDI Bezirksverein Köln und IVAM e.V.

Die Moderation des RBTZ bei Transferprojekten der Gründungsunternehmen in die Wirtschaftsunternehmen nehmen an Bedeutung zu. Für 2012 ist die intensive Betreuung von NUK-Businessplangewinnern und eigener, bereits ansässiger Unternehmensgründer geplant.

Ein weiteres Engagement des Technologiezentrums für die Zukunft des Ingenieurberufs ist mit der Beteiligung an der „4. Nacht der Technik in Köln“ des VDI Kölner Bezirksverein für 2013 geplant.

Rheinisch-Bergische Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH (RBW)

1. Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Firma	Rheinisch-Bergische Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH
Sitz	Friedrich-Ebert-Str., 51429 Bergisch Gladbach
Gründung	05.11.1992
Gesellschaftsvertrag	Fassung vom 22.09.2004, letzte Eintragung am 08.07.2008
Handelsregister	Amtsgericht Köln, HRB 46525
Geschäftsjahr	Kalenderjahr

2. Zweck der Gesellschaft

Gegenstand des Unternehmens ist die Förderung der Wirtschaft auf dem Gebiet des Rheinisch-Bergischen Kreises. Die Gesellschaft wird ergänzend zum eigenständigen örtlichen Angebot wirtschaftsfördernder Leistungen der kreisangehörigen Kommunen nach Abstimmung und in Kooperation mit den Gesellschaftern tätig. Zweck der Gesellschaft ist die Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Struktur des Kreisgebietes durch Förderung der Wirtschaft. Die Tätigkeit darf nicht über den für die Zweckverwirklichung sachlich gebotenen Umfang hinausgehen, insbesondere darf sie nicht den Umfang einer laufenden Unternehmensberatung annehmen.

Die Gesellschaft versteht sich als Dienstleistungsunternehmen für die Unternehmen im kreisangehörigen Raum und für die Gesellschafter. Zu ihren Aufgaben gehören insbesondere

- Entwicklung und Vermarktung der wirtschaftlichen Kernkompetenzen,
- Allgemeiner Firmenkundenservice,
- Standortmarketing,
- Tourismusförderung,
- Unterstützung bei der Entwicklung von Gewerbeimmobilien.

Zur Erzielung dieser Geschäftszwecke kann sich die Gesellschaft an anderen Unternehmen, Gesellschaften und Institutionen unmittelbar oder mittelbar beteiligen und/oder deren Geschäftsführung übernehmen. Dabei ist die Haftung der Gesellschaft auf einen bestimmten im Vorhinein festzulegenden Betrag begrenzt. Die Vorschriften des § 108 Abs. 1 und 2 der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen müssen eingehalten werden.

3. Zusammensetzung der Organe

3.1 Gesellschafterversammlung

In die **Gesellschafterversammlung** entsenden:

- der Rhein.-Berg.Kreis 9 Vertreter
- die beteiligten kreisangehörigen Kommunen je 1 Vertreter
- die KSK-Kapitalbeteiligung Holding GmbH sowie die
Stadtparkasse Wermelskirchen je **1 Vertreter**
- die GbR der Volks- und Raiffeisenbanken
im Rhein.Berg.Kreis 1 Vertreter

Je 10 € eines Geschäftsanteils gewähren eine Stimme.

Im Geschäftsjahr fanden 2 Gesellschafterversammlungen statt.

3.2 Aufsichtsrat

Gemäß dem am 07.10.2004 neu gefassten Gesellschaftervertrag sind Organe der Gesellschaft die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

3.3 Geschäftsführung

Alleiniger Geschäftsführer war Herr Dr. Erik Werdel, Overath. Der Geschäftsführer ist einzelvertretungsberechtigt.

Stellvertreter des Geschäftsführers ist seit dem 01.07.2009 Herr Prokurist Volker Suermann, welcher mit Gesamtvertretungsvollmacht bestellt wurde.

4. Beteiligungsverhältnisse

Die Gesellschafterversammlung hat mit Beschluss vom 22.09.2004 die Erhöhung des Stammkapitals auf **74.300 €** beschlossen, die am 21.12.2004 in das Handelsregister eingetragen wurde.

Die Beteiligungsverhältnisse stellen sich wie folgt dar:

<u>Gesellschafter</u>	<u>Stammeinlage in €</u>	<u>in %</u>
Rhein.-Berg.Kreis	37.900	51,00
Stadt Bergisch Gladbach	7.020	9,45
Stadt Burscheid	1.040	1,40
Gemeinde Kürten	1.040	1,40
Stadt Leichlingen	1.820	2,45
Stadt Wermelskirchen	2.600	3,50
Gemeinde Odenthal	1.040	1,40
Stadt Overath	1.820	2,45

Stadt Rösrath	1.820	2,45
Stadtparkasse Wermelskirchen	1.300	1,75
KSK-Kapitalbeteiligung Holding GmbH	7.800	10,50
Bensberger Bank, Volks- und Raiffeisenbanken im Rheinisch-Bergischen Kreis in GbR	9.100	12,25

Zur Deckung etwaiger Verluste aus dem gewöhnlichen Tätigkeitsbereich der Gesellschaft außerhalb des Sondervermögens nach § 5 sowie außerhalb der Betätigungen von Beteiligungsgesellschaften der Gesellschaft, wenn die Gesellschaft sich zur ganzen oder teilweisen Verlustdeckung verpflichtet hat, leistet der Rheinisch-Bergische Kreis einen jährlichen Zuschuss an die Gesellschaft.

6. Beschäftigte

Im Jahr 2011 waren durchschnittlich 6 Mitarbeiter beschäftigt.

7. Wirtschaftsprüfer

Die Gesellschaft beauftragte die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft HFI GmbH mit der Prüfung des Jahresabschlusses 2011.

8. Leistungsbeziehungen zu anderen Gesellschaften an denen die Stadt Bergisch Gladbach beteiligt ist

Die Rheinisch-Bergische Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH ist Mieterin der Rheinisch-Bergisches TechnologieZentrum GmbH.

Die Jahresmiete betrug im Jahr 2011 EUR 26.247,24.

9. Geschäftsverlauf

Im Geschäftsjahr 2011 stellte sich die Gesellschaft als steuerungsfähige Wirtschaftsförderungsgesellschaft dar. Die Tätigkeitsbereiche weisen einen planmäßigen Geschäftsverlauf auf.

Qualitätsmanagement

Das Qualitätsmanagementsystem der RBW ist nach DIN ISO 9001 durch den TÜV Rheinland zertifiziert. Im Jahr 2011 wurde ein neues Qualitätsmanagement-Handbuch der RBW erstellt. Daraufhin wurde die RBW im November 2011 erfolgreich einem umfassenden Nachauditierungsverfahren durch den TÜV Rheinland unterzogen. Die Handlungsfelder Existenzgründungsberatung, Unternehmenssicherung, Unternehmensförderung, Behördenscout, Kompetenzfeldentwicklung, Gewerbeflächenservice, Standortmarketing und Öffentlichkeitsarbeit sowie sämtliche innere Strukturen wurden auf den Prüfstand gestellt und sehr positiv bewertet.

Danach verfügt die RBW über ein hervorragendes Qualitätsmanagementsystem zertifiziert nach DIN ISO 9001 und ist in diesem Bereich für die Zukunft sehr gut aufgestellt.

Seit der Umstrukturierung der Gesellschaft im Jahr 2005 wurde ein kontinuierlicher Prozess zur Verbesserung der Arbeit der Gesellschaft eingeleitet. Dieser Prozess setzte sich im Jahr 2011 fort. Die RBW entwickelte ein speziell auf die Gesellschaft abgestimmtes Controlling, das erstmals im Jahr 2006 durchgeführt wurde.

In 2011 wurde das Controlling fortgeschrieben, somit ergaben sich weitere Vergleichswerte über die Jahre.

Auch hier zeigt sich die Kontinuität des Geschäftsverlaufs in den einzelnen Tätigkeitsbereichen der RBW. Mit der Umsetzung des Controllings leistet die Gesellschaft weiterhin einen Beitrag zur Transparenz der Tätigkeit sowohl für die Gesellschafter als auch für die Kunden.

10. Ertragssituation

Auf Grund des Gesellschaftszwecks ist die RBW nur bedingt in der Lage, Erträge zu erwirtschaften und muss andererseits zur Erfüllung des Gesellschaftszwecks personelle und sachliche Ressourcen vorhalten, die, gemessen an den Erträgen, relativ hohe Aufwendungen verursachen. Deshalb sieht der Gesellschaftsvertrag eine jährliche Einlage durch die Gesellschafter vor, mit denen die Aufwandsüberhänge ausgeglichen werden können.

Die RBW erzielte in 2011 bei Betriebserträgen von 50.189,80 € (Vj.: 44.888,46 €) und Betriebsaufwendungen von 579.812,42 € (Vj.: 594.816,89 €) ein Betriebsergebnis von -529.622,62 € (Vj.: -549.948,43 €).

Nach Verrechnung des Finanzergebnisses von 55.012,80 € (Vj.: 47.534,98 €) ergab sich ein Jahresfehlbetrag von 474.609,82 € (Vj.: 502.393,45 €).

Die Verbesserung des Betriebsergebnisses gegenüber dem Vorjahr ist insbesondere dadurch bedingt, dass im Vorjahr ein nicht rückzahlbarer Zuschuss zur Finanzierung des Masterplans Tourismus von 29 T€ geleistet wurde und durch das Fehlen entsprechender Aufwendungen in 2011 die geringfügig angestiegenen laufenden Kosten mehr als kompensiert werden konnten. Die Verbesserung des Finanzergebnisses gegenüber dem Vorjahr ist vor allem dadurch bedingt, dass die rückläufigen Zinserträge aus der Anlage liquider Mittel bzw. aus dem Public Leasing (bedingt durch das weiter abfallende Zinsniveau) durch Verbesserung der Refinanzierungskondition im Public Leasing (Umschuldung eines Teils der Refinanzierungskredite Ende des vorangegangenen Jahres) überkompensiert werden konnten.

Der Jahresfehlbetrag wurde durch Entnahmen aus der Kapitalrücklage vollständig ausgeglichen, wobei sich die Kapitalrücklage gegenüber dem Vorjahr von 3.192 T€ auf 3.175 T€ zum Bilanzstichtag vermindert hat, da die gewährten Gesellschafterbeiträge in 2011 mit 458 T€ unter dem Jahresfehlbetrag von 475 T€ lagen.

11. Ausblick

Künftige Entwicklung der Gesellschaft einschließlich der Chancen und Risiken

Gemäß dem Wirtschaftsplan plant die RBW für 2012 bei etwa insgesamt konstanten Betriebs- und Zinserträgen mit Personal- und Sachkosten von rund 542 T€. Unter Berücksichtigung der Einlage des Rheinisch-Bergischen Kreises von 458 T€ für 2012 ergäbe sich dann ein ausgeglichenes Verhältnis von Einnahmen und Ausgaben in 2012.

Insgesamt nahezu identisch sehen auch die Wirtschaftspläne für die Jahre 2013 ff. aus.

Es wird weiterhin darauf hingewiesen, dass die RBW im Hinblick auf die ihr gestellten Aufgaben und trotz dessen, dass sie auf Grund ihrer Geschäftstätigkeit keine Gewinne erzielen kann, nur durch einen stringenten Sparkurs und einschneidende Konsolidierungsmaßnahmen in die Lage versetzt werden kann, ein ausgeglichenes Ergebnis zu erzielen. Dennoch ist die Gesellschaft nur dann langfristig existenzfähig, wenn die seit 2004 bestehende Deckelung des Zuwendungsbetrages durch die Gesellschafter unter Berücksichtigung stetig steigender Personalaufwendungen und sonstiger Kosten eine regelmäßige Anpassung erfährt.

Hinsichtlich der Risiken der Geschäftstätigkeit wurde bezogen auf die beiden Public-Leasing-Projekte in den letzten Jahren darauf aufmerksam gemacht, dass die RBW zur Absicherung des Ausfallrisikos Rücklagen aus den Mietsonderzahlungen und aus der Zinsertragsmarge von Public Leasing bilden sollte. Auf Grund der Ertrags- und Kostensituation ist dies auch in 2011 nicht gelungen.

Die Reduzierung des Risikos ergibt sich zum einen durch die potentielle Verwertbarkeit der Objekte, die planmäßige Tilgung der Leasingraten sowie durch eine kontinuierliche kaufmännische Beobachtung und Begleitung der beiden Unternehmen. Eine Absicherung der Gesellschaft ist für den Public Leasing-Bereich zusätzlich über die Bürgschaften der Stadt Rösrath gegeben. Das Geschäftsfeld Public Leasing wurde durch Beschluss im Jahr 2003 aufgegeben.

Die Frage über die Umsatzsteuerbehandlung von Wirtschaftsförderungseinrichtungen ist in Nordrhein-Westfalen auch im Jahr 2011 noch nicht abschließend beantwortet worden. Zur Verringerung des umsatzsteuerlichen Risikos beschloss die Gesellschafterversammlung im Dezember 2011 klarstellende Anpassungen im Gesellschaftsvertrag. Die notarielle Beurkundung dieser Beschlüsse erfolgt im Jahr 2012.

Bädergesellschaft der Stadt Bergisch Gladbach mbH

1. Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Firma	Bädergesellschaft der Stadt Bergisch Gladbach mbH
Sitz	Borngasse 2, 51469 Bergisch Gladbach
Gründung	01.01.1997
Gesellschaftsvertrag	Fassung vom 20.12.1996 mit Änderung vom 22.11.2001
Handelsregister	HR B 46868 beim Amtsgericht Köln (bis 30.11.2002 HR B 4597 beim Amtsgericht Bergisch Gladbach, letzte Eintragung vom 20.03.2003)
Geschäftsjahr	Kalenderjahr

Die Stadt hat ihren Regiebetrieb "Städtische Bäder" per 06.10.1997 gemäß § 126 Umwandlungsgesetz (UmwG) im Wege der Ausgliederung zur Aufnahme in die Bädergesellschaft eingebracht.

2. Zweck der Gesellschaft

Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb, Bau und Betrieb von Bädern und sonstigen Freizeiteinrichtungen. Die Gesellschaft ist so zu führen, dass der öffentliche Zweck nachhaltig erfüllt wird. Durch eine möglichst rationelle und damit kostensparende Betriebsführung ist dem Gebot der Wirtschaftlichkeit Rechnung zu tragen, soweit dies mit dem öffentlichen Zweck vereinbar ist.

3. Zusammensetzung der Organe

3.1 Gesellschafterversammlung

Den Vorsitz in der Gesellschafterversammlung führt der/die Vorsitzende des Aufsichtsrates. Im Geschäftsjahr 2011 fand eine Gesellschafterversammlung statt.

3.2 Aufsichtsrat

Die Gesellschaft hat einen Aufsichtsrat der aus sieben Mitgliedern besteht. Die/der jeweilige Hauptgemeindebeamtin/-beamte der Stadt Bergisch Gladbach ist geborenes Mitglied des Aufsichtsrates. Die übrigen Mitglieder des Aufsichtsrates werden vom Rat der Stadt Bergisch Gladbach entsandt.

Aufsichtsrat

Vorsitzender des Aufsichtsrates:

Lutz Urbach, Bürgermeister zu Bergisch Gladbach

Aufsichtsratsmitglieder:

Dr. Peter Baeumle-Courth, MdR, Bergisch Gladbach
Dr. Reimer Fischer, MdR, Bergisch Gladbach
Dr. Wolfgang Mieke, MdR, Bergisch Gladbach
Peter Mömkes, MdR, Bergisch Gladbach
Felix Nagelschmidt, MdR, Bergisch Gladbach
Gerhard Neu, MdR, Bergisch Gladbach

Im Geschäftsjahr 2011 fanden 4 ordentliche Aufsichtsratssitzungen statt.

3.3 Geschäftsführung

Geschäftsführer der Gesellschaft ist Herr Günter Hachenberg, Dipl.-Verwaltungswirt. Die Altersversorgung ist durch die Mitgliedschaft der Stadt Bergisch Gladbach bei der Rheinischen Versorgungskasse Köln abgesichert.

4. Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 5.113.000 €. Das Stammkapital setzt sich wie folgt zusammen:

- a) eine Stammeinlage von 25.565 €
- b) eine Stammeinlage von 5.087.435 €

Die Stammeinlage unter a) hat die Stadt Bergisch Gladbach bei Gründung durch Barleistung übernommen.

Die Stammeinlage unter b) hat die Stadt Bergisch Gladbach bei der Kapitalerhöhung vom 13.08.1997 übernommen und leistet sie dadurch, dass sie ihren Bäderbetrieb als Ganzes mit den dazugehörigen Aktiva und Passiva im Wege einer Ausgliederung nach §§ 168 ff, 123 ff UmwG in die Gesellschaft eingebracht hat.

5. Beschäftigte

Im Jahresdurchschnitt 2011 waren bei der Gesellschaft 20 Mitarbeiter (Vorjahr: 20) beschäftigt. Weiterhin werden Aushilfskräfte nach Bedarf, hauptsächlich während der Freibadsaison eingesetzt.

6. Wirtschaftsprüfer

Die Gesellschaft beauftragte wie in den Vorjahren die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Ebner Stolz Mönning Bachem GmbH Co. KG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft, Köln mit der Prüfung des Jahresabschlusses.

7. Leistungsbeziehungen zu anderen Gesellschaften an denen die Stadt Bergisch Gladbach beteiligt ist

In 2011 lagen keine entsprechenden Leistungsbeziehungen vor.

8. Geschäftsverlauf

Das Gesamtergebnis hat sich gegenüber dem Vorjahr um TEUR 1.273 auf - TEUR 728 verschlechtert. Ausschlaggebend hierfür ist vor allem das gegenüber dem Vorjahr geringere Neutrale Ergebnis (- TEUR 1.104), bedingt durch eine im Vorjahr durchgeführte Wertaufholung bei den Wertpapieren (TEUR 852) sowie eine Auflösung von Rückstellungen (TEUR 202). Das Betriebsergebnis (EBIT) selbst verminderte sich um - TEUR 84. Grund hierfür waren die verminderten Umsatzerlöse (- TEUR 60), der höhere Material- (TEUR 26) und Personalaufwand (TEUR 21), die höheren Vertriebsaufwendungen (TEUR 1) und eine Verminderung bei den Übrigen Betriebserträgen (- TEUR 25). Dagegen standen Einsparungen durch die Verminderungen bei den planmäßigen Abschreibungen (- TEUR 21) und Minderaufwendungen bei den Verwaltungs- (- TEUR 5) und übrigen Betriebsaufwendungen (- TEUR 23). Der Rückgang des Finanzergebnisses um - TEUR 87 auf TEUR 772 ist vor allem darauf zurückzuführen, dass im Geschäftsjahr 2011 die Ausschüttung der ordentlichen Erträge aus den Wertpapieren um TEUR 93 gegenüber dem Vorjahr geringer ausfiel, die durch die Einsparung bei den Zinsaufwendungen (- TEUR 6) nicht voll kompensiert werden konnten.

Die Verminderung der Umsatzerlöse um 60 T€ (= -4,8 %) beruht im Wesentlichen auf der Verminderung der Besucherzahlen um 7,8 %, die sich vornehmlich im Freibad Milchborntal auf Grund der schlechten Witterungsverhältnisse im Sommer 2011 ergab.

Im Materialaufwand sind überwiegend frequenz- und außentemperaturabhängige Energiekosten enthalten. Die Erhöhung um 26 T€ (= + 3,4%) beruht im Wesentlichen auf gestiegenen Gaskosten, die sich um 55,1 % verteuerten, wobei der Kostenanstieg sowohl auf den Mehrverbrauch als auch auf die Erhöhung des Gaspreises zurückzuführen ist.

Die betrieblichen Aufwendungen verminderten sich insgesamt geringfügig um 27 T€ (= 1,1%). Hierbei stehen den Mehraufwendungen bei Personalkosten von 21 T€ (= + 1,8%) und Vertriebskosten von 1 T€ (= + 1,3%) insbesondere Minderaufwendungen bei Abschreibungen von 21 T€ (= - 3,3 %) und übrigen Betriebsaufwand von 23 T€ (= - 4,7%) gegenüber.

Die abgesetzten übrigen Betriebserträge enthalten im Wesentlichen eine Ausgleichszahlung der Stadt Bergisch Gladbach in Höhe von 69 T€ (i.V. 74 T€) für nicht anfallende ordentliche Fondsausschüttungen aufgrund der Ende 2002 erfolgten Finanzierung einer Ausschüttung an die Alleingesellschafterin durch Fondsverkäufe in Höhe von 2.500 T€.

Das Betriebsergebnis (EBIT) verschlechterte sich demzufolge gegenüber dem Vorjahr um 84 T€ (= -4,7 %) und weist weiterhin eine hohe Unterdeckung von 1.867 T€ aus.

Die Zahlungsfähigkeit während des Geschäftsjahres und zum Abschluss-Stichtag war jederzeit gegeben, nicht zuletzt durch einen Tagesgeldkredit, der zum Jahresultimo mit EUR 3,0 Mio. in Anspruch genommen war. Der Kreditrahmen hierfür beträgt derzeit EUR 3,5 Mio., davon sind EUR 2,5 Mio. abgesichert durch eine Ausfallbürgschaft der Stadt Bergisch

Gladbach und EUR 1,0 Mio. über eine Absicherung in Höhe von EUR 1,67 Mio. durch das Wertpapierdepot bei der Kreissparkasse Köln.

9. Leistungsdaten

Im Geschäftsjahr 2011 zählte die Bädergesellschaft insgesamt **328.178 Besucher** (Vj: 355.853 Besucher).

Nachstehend sind die relevanten Daten des Jahres 2011 zu den einzelnen Bädern im Detail aufgeführt:

	2011 Besucher Anzahl	2011 Erlöse EUR	2010 Besucher Anzahl	2010 Erlöse EUR	Veränderung Besucher Anzahl	Veränderung Erlöse EUR
Komibad Paffrath	235.707	1.033.637	245.460	1.012.928	-9.753	20.709
Hallenbad Stadtmitte	61.788	5.015	60.190	9.610	1.598	-4.595
Freibad Milchborntal	22.426	72.480	41.609	148.290	-19.183	-75.810
Sauna/Solarium	8.257	88.871	8.594	89.646	-337	-775
	328.178	1.200.003	355.853	1.260.474	-27.675	-60.471

Insgesamt wurde eine Verminderung der Besucherzahlen um - 7,8 % und der Erlöse um - 4,8 % registriert.

Der einfache durchschnittliche Vollkostenzuschuss/Besucher für die 3 durch die Bäder-GmbH betriebenen Bäder beträgt demnach 2011 6,59 Euro.

Als Vergleich, die aktuell vorliegende Referenzzahl der Deutschen Gesellschaft für das Badewesen aus dem bundesweiten überörtlichen Betriebsvergleich der Bäder und anderen Ermittlungen, liegt bei 8,75 Euro.

Da die Referenzzahl der Deutschen Gesellschaft für das Badewesen zum Zeitpunkt der Bilanzveröffentlichung noch das Vorjahr (hier 2010) erfasst, ist die bundesweit schlechte Freibadsaison 2011, die den guten Durchschnitt der Bäder-GmbH des Jahres 2010 von 3,93 Euro auf 6,59 Euro verschlechterte, noch nicht einmal in der hier vorliegenden Referenzzahl von 8,75 Euro berücksichtigt.

10. Berichterstattung über die Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Bädergesellschaft der Stadt Bergisch Gladbach mbH ist tätig in den Bereichen Erwerb, Bau und Betrieb von Bädern und sonstigen Freizeiteinrichtungen. Da die Gesellschaft auf die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ausgerichtet ist und allen gesellschaftlichen Gruppen ein attraktives, dem Zeitgeist für moderne Sport-, Freizeit- und Erholungseinrichtungen entsprechendes, dabei aber auch bezahlbares Bäderangebot ermöglichen soll, sind die Benutzungsentgelte sozial verträglich gestaltet. Schule und Vereine nutzen die Bäder nach der derzeit geltenden Entgelterege lung grundsätzlich noch unentgeltlich.

11. Ausblick

Mit flexiblen, witterungsabhängigen Öffnungszeiten im Freibadbereich (Freibad Milchborntal) und angepasstem Personaleinsatz versucht die Bädergesellschaft die Kosten weiter zu reduzieren und den stark wetterabhängigen Schwankungen bei den Umsatzerlösen in den Freibadbereichen zu begegnen. Gleichzeitig wird versucht, die Umsatzschwankungen im Freibadbereich über Kurse, Gesundheitsprogramme, etc. und den steigenden Verkauf von Badeartikeln auszugleichen.

Ein Risiko würde sich ergeben, wenn die Liquiditätsreserven für die zeitgerechten finanziellen Verpflichtungen nicht mehr ausreichen. Zur Deckung des Kapitalbedarfs stehen grundsätzlich die flüssigen Mittel aus den Bädereinnahmen und aus den ordentlichen Ausschüttungen der beiden Spezialfonds zur Verfügung. Außerdem kann die Gesellschaft auf eine Kreditlinie von EUR 3,5 Mio. zurückgreifen. Eine weitere Möglichkeit der Liquiditätssicherung wäre auch die Ausschüttung außerordentlicher Fondserträge nach Genehmigung durch den Aufsichtsrat.

Positive Ergebniseffekte erwartete die Geschäftsführung durch eine weitere Forcierung des Angebotes mit attraktiven Segmenten für die Öffentlichkeit. So ist beabsichtigt, die vorhandene starke Marktposition in der Region im Bereich der Sport- und Familienbäder zu halten bzw. weiter auszubauen. Des Weiteren werden die Anstrengungen zur Kosteneinsparung und Effizienzverbesserung weiter fortgesetzt, um den Kostendeckungsgrad sukzessive zu verbessern. Auch geht die Geschäftsführung zukünftig von einer weiteren nachhaltigen hohen Besucherfrequentierung aus, die bei gleichzeitiger struktureller Kosteneinsparung eine Reduzierung der Unterdeckung im operativen Bereich verspricht.

Für das Folgejahr prognostizieren die Fondsmanager eine Ausschüttung an ordentlichen Erträgen von TEUR 1.044. Wie in den Vorjahren wird diese Quersubvention nach den im Wirtschaftsplan für 2012 prognostizierten Zahlen nicht ausreichen, um ein ausgeglichenes Jahresergebnis zu erzielen.

Stadtentwicklungsbetrieb Bergisch Gladbach – AöR

1. Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Firma	Stadtentwicklungsbetrieb Bergisch Gladbach – AöR
Sitz	Bergisch Gladbach
Gründung	zum 01.01.2011 lt. Ratsbeschluss vom 05.10.2010
Satzung	Fassung vom 05.10.2010; letzte Fassung vom 18.10.2011
Handelsregister	HRA 28221 beim Handelsgericht Köln
	Letzte Eintragung vom 17.03.2011
Wirtschaftsjahr	Kalenderjahr

2. Zweck der Gesellschaft

Aufgaben der Anstalt sind:

1. Die Verwaltung und Entwicklung von eigenem und fremden Grundbesitz, insbesondere
 - Erwerb, Entwicklung, Erschließung sowie Veräußerung und Belastung von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten.
 - Abschluss und Veränderung von schuldrechtlichen Nutzungsüberlassungsverträgen zur Wohnraumversorgung und zur Wirtschaftsförderung sowie zu Zwecken des landschaftspflegerischen Ausgleichs.Im Rahmen der Tätigkeit als Dienstleister insbesondere
 - die Wahrnehmung von Vorkaufsrechten,
 - Grundstücksgeschäften für Zwecke des Straßenbaus, Abwasserwirtschaft, Abfallwirtschaft und des Feuerschutzes,
 - Sonstige Grundstücksgeschäfte.
2. Die administrative Betreuung des Vertragsbestandes aller Grundstücks- und Erbbaurechtsverträge
3. Die Wirtschaftsförderung und Förderung des Fremdenverkehrs
4. Ab dem 01. Januar 2012 Erzeugung, Erwerb, Handel, Vertrieb, Speicherung und Umwandlung von Energie aller Art.

Die Stadt kann der AöR weitere Aufgaben zur Wahrnehmung übertragen.

Die Anstalt ist berechtigt Gebührensatzungen für die Aufgaben nach 1. bis 4. zu erlassen.

Die Anstalt ist berechtigt, sich an anderen Unternehmen zu beteiligen, wenn dies dem Anstaltszweck dient (Anwendung § 108 Abs. 1 GO NRW).

3. Zusammensetzung der Organe

3.1 Vorstand und Prokuristen

Vorstand ist Herr Bernd Martmann.

Prokuristen sind Frau Barbara Hauschild und Herr Martin Westermann

3.2 Verwaltungsrat

Die Anstalt hat einen Verwaltungsrat der aus achtzehn Mitgliedern besteht. Die/der jeweilige Hauptgemeindebeamtin/-beamte der Stadt Bergisch Gladbach ist Vorsitzende/Vorsitzender des Verwaltungsrates. Der stellvertretende Vorsitzende ist Herr Stadtbaurat Stephan Schmickler.

Dem Verwaltungsrat der Gesellschaft gehörten in 2011 an:

Lutz Urbach, Bürgermeister (Vorsitzender)

Stephan Schmickler, Stadtbaurat (stellvertretender Vorsitzender)

Bernhauser, Dr. Johannes

Fischer, Dr. Reimer
Henkel Harald
Hoffstadt, Peter
Höring, Lennart
Komenda, Mirko
Metten, Dr. Michael
Mömkes, Peter
Mörs, Bernhard
Nagelschmidt, Felix
Neu, Gerhard
Santillán, Tomás M.
Schacht, Rolf-Dieter
Schmidt-Bolzmann, Renate
Schundau, Edeltraud
Steffen, Dr. Ulrich
Waldschmidt, Klaus W.

Im Geschäftsjahr 2011 fanden fünf Verwaltungsratssitzungen statt.

4. Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital der Anstalt beträgt 5.000.000 €. Alleinige Gewährsträgerin ist die Stadt Bergisch Gladbach.

5. Beschäftigte

Im Berichtsjahr 2011 waren bei der Anstalt durchschnittlich 7 Arbeitnehmer beschäftigt. Davon waren der Vorstand und ein Prokurist mit je 50% zugeordnet, so dass insgesamt 6 Stellen vorhanden sind.

6. Wirtschaftsprüfer

Die Anstalt beauftragte die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft - Steuerberatungsgesellschaft DHPG Dr. Harzem & Partner KG mit der Prüfung des Jahresabschlusses 2011.

7. Leistungsbeziehungen zu anderen Gesellschaften an denen die Stadt Bergisch Gladbach beteiligt ist

In 2011 lagen folgende Leistungsbeziehungen vor:

1. Die GL-Service gGmbH hat für die SEB Dienstleistungen in Höhe von 946,63 € erbracht.
2. Die BGE Eisenbahngüterverkehr GmbH hat an die SEB Miete in Höhe von 34.061,24 € gezahlt.

8. Geschäftsverlauf

Im Berichtsjahr schließt die Gesellschaft das Geschäftsjahr mit einem **Jahresüberschuss** in Höhe von **450.345,60 €** ab.

In der Gesamtbetrachtung des Stadtentwicklungsbetriebes Bergisch Gladbach – AöR beliefen sich die Umsatzerlöse für das Jahr 2011 auf insgesamt 1.239.297,64 €. Die sonstigen betrieblichen Erträge erreichten einen Betrag von 566.875,26 €.

Diesen Gesamterträgen von 1.806.172,90 € stehen Aufwendungen für den Materialaufwand in Höhe von 779.132,19 €, Aufwendungen für die Personalgestellung in Höhe von 420.000 €, Abschreibungen auf Sachanlagen mit einem Betrag von 520,93 €, sonstige betriebliche Aufwendungen in einer Höhe von 132.922,65 € und Zinsen und ähnliche Aufwendungen in der Höhe von 162,47 € gegenüber. Beachtet man die sonstigen Zinsen und ähnlichen Erträge in einer Höhe von 3.874,26 €, so ergibt sich ein Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit von 450.345,60 €, das gleichzeitig den Jahresüberschuss für das Jahr 2011 darstellt.

Hierbei ist zu beachten, dass die an die Stadt während des Nothaushalts abzuführenden Überschüsse aus den übernommenen Liegenschaften in einer Höhe von fast 130 T€ in diesem Ergebnis bereits gekürzt sind; d.h., dass der Überschuss insgesamt eine Höhe von ca. 580 T€ im Geschäftsjahr 2011 erreichte.

Für die einzelnen Sparten stellt sich die Situation wie folgt dar:

Sparte 1 – Grundstücksverkehr/Grundstücksbewirtschaftung

Die Sparte Grundstücksverkehr/Grundstücksbewirtschaftung subsumiert den gesamten Grundstücksverkehr und die mit der Bewirtschaftung der Grundstücke zusammenhängenden Aufwendungen und Erträge.

Die mit Abstand größten Aufwendungen und Erträge sind in dieser Sparte zu verbuchen, da fast alle Projekte des Stadtentwicklungsbetriebes Grundstücksrelevanz besitzen, egal, ob es sich um die Entwicklung eines Wohnbau-Areals handelt oder aber um ein Wirtschaftsförderungsprojekt, wie zum Beispiel die Erschließung des Gewerbegebietes Obereschbach.

Die geplanten Verkäufe der Objekte Schlossstraße 23 und Hauptstraße 175 (Altes Pastorat) konnten im Geschäftsjahr 2011 mit guten Ergebnissen umgesetzt werden. Diese beiden Verkäufe und die damit verbundenen Erlöse dienten in Verbindung mit dem Kontokorrentkredit zur Sicherung der Liquidität des Stadtentwicklungsbetriebes. Die beschlossenen Kreditaufnahmen wurden im Berichtsjahr nicht ausgenutzt.

Die Sparte Grundstücksverkehr/Grundstücksbewirtschaftung schließt mit einem Überschuss von 457.455,71 € für das Geschäftsjahr 2011 ab.

Sparte 2 – Parkplatzeinrichtungen

In dieser Sparte sind die Aufwendungen und Erträge für die Errichtung und den Betrieb von

Parkplatzeinrichtungen aufgeführt. Im Jahre 2011 sind hier lediglich die im Zusammenhang mit der Herrichtung und dem Betrieb des Übergangsparkplatzes Buchmühle entstandenen Erträge und Aufwendungen verbucht worden.

Die Sparte Parkeinrichtungen schließt mit einer Unterdeckung von 1.351,42 €.

Sparte 3 – Wirtschaftsförderung/Tourismus

In dieser Sparte sind lediglich die Aufwendungen und Erträge, die den klassischen Wirtschaftsförderungsaktivitäten und dem Tourismus zuzuordnen sind, aufgeführt. Wie schon erwähnt, wurden der Klarheit halber alle grundstücksrelevanten Aufwendungen und Erlöse in Sparte 1 dargestellt, auch wenn sie Wirtschaftsförderungsbezug besitzen. Die Sparte 3 schließt insgesamt mit einer Unterdeckung von -5.748,69 €.

Wie bei anderen Institutionen der Wirtschaftsförderung ist auch für den Stadtentwicklungsbetrieb Bergisch Gladbach für die Sparte Wirtschaftsförderung/Tourismus keine Kostendeckung zu erreichen, da ihr Nutzen in Form der Sicherung von Arbeitsplätzen und Steuereinnahmen nicht im Bereich der Erlöse des Stadtentwicklungsbetriebs verbucht werden kann. Gleichwohl ist die Arbeit, die in dieser Sparte kaufmännisch abgebildet wird von hoher Bedeutung für den Wirtschaftsstandort Bergisch Gladbach und seine Entwicklung.

9. Ausblick

Das Jahresergebnis des Stadtentwicklungsbetriebes Bergisch Gladbach AöR wird maßgeblich durch das Ergebnis der Sparte 1 „Grundstücksverkehr/Grundstücksbewirtschaftung“ beeinflusst. In dieser Sparte erfolgen alle Erschließungs- und Vermarktungsaktivitäten der einzelnen Wirtschaftsförderungs- und Stadtentwicklungsprojekte.

Für den Ausblick auf das Jahr 2012 sind die laufenden Erschließungsarbeiten für das Gewerbegebiet „Obereschbach“ und das Wohngebiet „Am Eichenkamp“ besonders bedeutend.

Für Obereschbach ist mit dem Jahr 2012 mit einem Abschluss der Erschließungsarbeiten und der Aufnahme der Vermarktungsaktivitäten zu rechnen. Hier wird es darauf ankommen, den Kostenrahmen weiterhin konsequent einzuhalten und durch erste Grundstücksverkäufe an geeignete, leistungsfähige Firmen bzw. Unternehmen Erlöse zu generieren. Erste Gespräche mit interessierten Firmen lassen darauf hindeuten, dass die günstige Verkehrslage und die unterschiedliche Größe der Grundstücke auf eine entsprechende Nachfrage treffen.

Es bleibt zu erwähnen, dass durch den Beginn der Abrissarbeiten und der anschließenden Parzellierung im Bereich des Baugebietes Reiser/Mondschrötchen, die Voraussetzungen für Grundstücksverkäufe und entsprechende Erlöse für das Jahr 2012 geschaffen wurden.

Ebenfalls für das Jahr 2012 ist mit einem Abschluss der Sanierungs- und Erschließungsarbeiten im Wohngebiet „Am Eichenkamp“ zu rechnen. Auch wenn an dieser Stelle erhebliche Aufwendungen für die Sanierung der Grundstücke der alten Kläranlage zu tätigen sind, so ist mit dem Beginn des Verkaufs von Baugrundstücken etwas mit Ende des Jahres 2012 mit guten Erlösen für den Stadtentwicklungsbetrieb zu rechnen. Die hohe Anzahl

an Interessenten für Baugrundstücke in diesem Bereich bestätigt die Umsetzung dieses Projektes und die Erwartung von entsprechenden Überschüssen.

Von hoher Bedeutung für das Jahr 2012 ist weiterhin die Suche nach einem geeigneten Investor für die Entwicklung des Kopfgrundstückes am Busbahnhof. Dieses Grundstück ist von höchster Bedeutung für die Gestaltung der Ankunfts-Situation in der Stadtmitte. Deshalb kommt es bei seiner Vermarktung nicht ausschließlich auf die Höhe der Erlöse an, sondern vielmehr noch auf ein ansprechendes städtebauliches und architektonisches Ergebnis.

Im Jahr 2012 werden zusätzlich neben dem bereits in Betrieb befindlichen Übergangsparkplatz im Gebiet Buchmühle die Projekte „Tiergarage Bergischer Löwe“ und „Parkpalette Buchmühle“ in Angriff genommen. Ihre Bedeutung für die Entwicklung bzw. den Bestand des Einzelhandels in der oberen Hauptstraße kann nicht hoch genug eingestuft werden. Es handelt sich um Wirtschaftsförderungsprojekte besonderer Relevanz.

Es bleibt weiterhin zu hoffen, dass die Verkehrsdiskussion um den Knoten Odenthaler-Straße/Hauptstraße abgeschlossen wird, da sie den Verkauf der alten Feuerwache seit Jahren behindert.

Für den Stadtentwicklungsbetrieb Bergisch Gladbach AöR existiert ein Risiko- und Chancenmanagement, das geeignet ist als Risikofrüherkennungssystem Entwicklungen, die den Fortbestand des Betriebes gefährden könnten, frühzeitig zu erkennen.

Die Art und der Umfang der Frühwarnsignale sind definiert für die Bereiche:

- strategische Risiken
- rechtliche, politische und gesellschaftliche Risiken
- finanzwirtschaftliche Risiken
- Marktrisiken
- Umweltrisiken.

Zur Erfassung, Analyse und Bewertung der Risiken werden in regelmäßigen Besprechungen mit den Prokuristen und den Sachbearbeitern des Stadtentwicklungsbetriebes Gespräche geführt.

Im technischen Bereich wird durch regelmäßige Besprechungen mit den beauftragten Firmen eine Risikominimierung gewährleistet.

Als Vorgang von besonderer Bedeutung, der nach Abschluss des Wirtschaftsjahres 2011 eingetreten ist, ist die geologische Situation und die hiermit verbundene Sperrung der Landstraße L 136 im Bereich des Gewerbegebietes Obereschbach zu nennen, welche Mitte März durch den Landesbetrieb Straßen NRW erfolgte.

Während der durch den Stadtentwicklungsbetrieb durchgeführten Arbeiten zur Geländemodellierung im Gewerbegebiet Obereschbach sind Risse in der direkt angrenzenden Straßenfläche sowie in kleinen Teilen des Gewerbegrundstückes Nr. 2 aufgetreten, die die Sperrung der Landstraße L 136 aus Sicherheitsgründen notwendig machte.

Der Vorgang wird zurzeit durch Fachgutachter überprüft, um einen sicheren Sanierungsvorschlag, insbesondere für die Straßenfläche aber auch für das betroffene Gewerbegrundstück, zu erhalten. Ob und gegebenenfalls in welchem Ausmaß der Stadtentwicklungsbetrieb mit signifikant erhöhten Aufwendungen für die Erschließung des Gewerbegebietes rechnen muss, bleibt abzuwarten. Aufgrund der nach heutigem

Kenntnisstand nur geringen flächenmäßigen Betroffenheit des Gewerbegebietes, scheint nach einer ersten Einschätzung die materielle Konsequenz aus dem Vorfall relativ gering zu sein. Die Erschließungsarbeiten konnten bisher nach Plan fortgesetzt werden. Als nächster Schritt stehen für den Sommer die Kanalbauarbeiten an, so dass nach wie vor mit der Baureife der dortigen Grundstücke für das Jahr 2012 gerechnet werden kann.

Insgesamt kann auch für das Jahr 2012 mit einem Überschuss gerechnet werden. In seiner Höhe hängt der allerdings maßgeblich davon ab, ob es gelingt die im Jahre 2012 geplanten Grundstücksverträge mit entsprechenden Zahlungseingängen zu realisieren.

Verbindung zur strategischen Zielsetzung

Handlungsfeld:	Handlungsfeld 4: Erfolgreiches Zusammenwirken von Politik und Verwaltung in Richtung strategische Zielsteuerung.
Mittelfristiges Ziel:	4.4 Wir verfügen über ein flächendeckendes Controlling und ein Berichtswesen, das die Politik handlungsfähig macht.
Jährliches Haushaltsziel:	
Produktgruppe/ Produkt:	001.001 Politische Gremien und Verwaltungsführung

Finanzielle Auswirkungen

<u>1. Ergebnisrechnung/ Erfolgsplan</u>	laufendes Jahr	Folgejahre
Ertrag	0 €	0 €
Aufwand	0 €	0 €
Ergebnis	0 €	0 €
<u>2. Finanzrechnung</u> (Investitionen oberhalb der festgesetzten Wertgrenzen gem. § 14 GemHVO)/ <u>Vermögensplan</u>	laufendes Jahr	Gesamt
Einzahlung aus Investitionstätigkeit	0 €	0 €
Auszahlung aus Investitionstätigkeit	0 €	0 €
Saldo aus Investitionstätigkeit	0 €	0 €

Im Budget enthalten	ja nein siehe Erläuterungen
---------------------	-----------------------------------